



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung
und Rechtsfragen / Vergabe /
Internationales**

Frau Mahmod

Telefon: (0221) 221 25001

Fax: (0221) 221 26565

E-Mail: midia.mahmod@stadt-koeln.de

Datum: 05.07.2016

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 20.06.2016, 17:40 Uhr bis 20:20 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bernd Petelkau	CDU
Herr Gerrit Krupp	SPD
Herr Christian Joisten	SPD
Frau Monika Möller	SPD
Herr Frank Schneider	SPD
Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Herr Werner Marx	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Frau Berivan Aymaz	GRÜNE
Herr Manfred Richter	GRÜNE
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE
Herr Volker Görzel	FDP

Beratende Mitglieder

Herr Christer Cremer	Auf Vorschlag der AfD	
Herr Franz Hess	auf Vorschlag der Grünen	
Herr Michael Kühle	FDP-Fraktion (auf Vorschlag der Grünen)	
Herr Thomas Hegenbarth	PIRATEN	
Herr Markus Wiener	pro Köln	anwesend bis 19:30 Uhr
Herr Marcel Adolf	auf Vorschlag der StadtAG Behindertenpolitik	
Herr Alf Bernd Spröde	Völklinger Kreis e.V.	anwesend bis 19:50 Uhr
Frau Valentina Kerst	auf Vorschlag der SPD	

Frau Dr. Annette Wittmütz	auf Vorschlag der SPD	anwesend bis 19:45 Uhr
Herr Axel Hopfauf	auf Vorschlag der CDU	
Herr Christoph Schmitz	CDU	
Frau Alexandra Staufenbiel	auf Vorschlag der CDU	
Herr Tjark Sauer	Linke	

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Eli Abeke BÜNDNIS 14

Bezirksbürgermeister

Herr Bezirksbürgermeister Andreas Hupke GRÜNE

Verwaltung

Herr Stadtdirektor Kahlen	
Frau Susanne Hohenforst	
Herr Dr. Lothar Becker	Kommunalverfassungsrecht (01-2)
Herr Johannes Feyrer	Berufsfeuerwehr Köln (37)
Herr Wolfgang Heintz	Amt für Personal, Organisation und Innovation (11)
Herr Engelbert Rummel	Amt für öffentliche Ordnung (32)
Herr Frieder Wolf	Internationale Angelegenheiten (01-4)

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Christine Kronenberg

Stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte

Frau Petra Engel

Behindertenbeauftragter

Herr Dr. Günter Bell

GPR

Herr Jörg Dicken

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Herr Stefan-Lazar Mitu	INK
Herr Daniel Bauer-Dahm	GRÜNE

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Björn Blank SC Janus e.V.

Herr Petelkau eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er trägt die folgenden Vorschläge der Verwaltung zur Zusetzung in die Tagesordnung vor:

I. Öffentlicher Teil

- 1.2 5. Frauenförderplan 2015 - 2017; Geschlechterdifferenzierter Bericht über Hebungs- und Abwertungsanträge
1829/2016
- 2.1 Erste Auslandsreise führt Oberbürgermeisterin Henriette Reker nach Peking
2025/2016
- 3.6 Ergänzungen zu 1200/2016 Jahresbericht 2015 Koordinationsstelle Klimaschutz
1803/2016
- 4.1 Mitteilung der Verwaltung betreffend "Personalgewinnung / Besetzungsverfahren"
2085/2016
- 4.10 Mitteilung betreffend "Beantwortung von mündlichen Anfragen aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses zum Top 3.11 Handlungskonzept pathologisches Glücksspiel (0586/2016)"
1742/2016
- 4.11 Projektbericht "Meet & Eat - Der Wochenmarkt mit Speisen am Abend", Erfahrungszeitraum 20.08.2015 bis heute
1735/2016
- 4.12 Erfahrungsbericht zum Verzicht auf sachgrundlos befristete Neueinstellungen
2111/2016
- 5.2 Personalsituation 2016 Perspektiven
1853/2016
- 6.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen betreffend "Bildungsurlaub nach dem Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz"
AN/1036/2016

Stellungnahme der Verwaltung vom 14.06.2016
2090/2016
- 6.3 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Was tut die Stadt Köln, um Menschen vor Rassismus zu schützen?"
AN/1093/2016

- 6.4 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Was spricht gegen Drogen-Abgabestellen in Köln?"
AN/1137/2016
- 6.5 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Sachstand Stellenbesetzungsverfahren Amt für Personal, Organisation und Innovation – Organisationsmanagement (-11-)“
AN/1193/2016
- 8.2 Die Digitale Agenda für Köln als Teil der neuen Bürgerbeteiligung!
AN/0813/2016
- zu 9.1 Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen betreffend "Weihnachtsmärkte auf Plätzen der Innenstadt"
AN/1181/2016
- zu 10.1 Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Dritte Satzung zu Änderung der Satzung über Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Einrichtungen"
AN/1088/2016
- Prüfantrag der Fraktion Die LINKE betreffend „Änderung der Satzung über Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahmen von Einrichtungen für obdachlose Personen, Übergangwohnheimen für Aussiedler und ausländische Flüchtlinge der Stadt Köln“
AN/1080/2016
- zu 10.12 Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion betreffend "Drogenhilfeangebot mit Drogenkonsumraum am Neumarkt"
AN/1087/2016
- 10.19 Elektronischer Versand der Sitzungsunterlagen
Überführung des Evaluationsbetriebes in den Echtbetrieb
3516/2015
- Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, der Fraktion Die LINKE und der FDP-Fraktion betreffend "Elektronischer Versand der Sitzungsunterlagen"
AN/1033/2016
- Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, der Fraktion Die LINKE und der FDP-Fraktion betreffend "Elektronischer Versand der Sitzungsunterlagen"
AN/1159/2016
- 10.20 Großschadensereignis Einsturz Historisches Archiv
hier: Verlängerung des Verzichts der Stadt Köln auf die Einrede der Verjährung gegenüber den Leih-, Vor- und Nachlassgebern des Historischen Archivs
1914/2016

- 10.21 Änderung der Satzung über die Elternbeiträge zur Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und Offenen Ganztagschulen zum 01. August 2016
1661/2016
- 10.22 Änderung der Satzungen über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzungen)
1195/2016
- 10.23 Änderung der Satzung über den Rettungsdienst der Stadt Köln
1633/2016
- 10.24 Änderung des Rettungsdienstbedarfsplans der Stadt Köln
1744/2016
- 10.25 Sicherheit im öffentlichen Raum in Köln
hier: Beitritt zum Europäischen Forum for Urban Security (EFUS) und Deutsch-Europäischen Forum für urbane Sicherheit (DEFUS)
1959/2016
- 10.26 Erhöhtes Risikomanagement bei Großveranstaltungen und Anlässen mit größeren Menschenansammlungen
1714/2016
- 10.27 Bedarfsfeststellung über die Ausschreibung eines Rahmenvertrages von Dienstleistungen zum Bewachen von Baken / Absperrungen im Kölner Stadtgebiet und sonstigen Dienstleistungen
1656/2016

II. Nichtöffentlicher Teil

- 13.4 Einleitung eines Vergabeverfahrens zum Abschluss eines Rahmenvertrages über digitale Produktionssysteme.
Hier: Kostensteigerung zum angemeldeten Bedarf vom 15.06.2015 (1573/2015)
1525/2016
- 17.15 Erweiterung der Fahrregalanlage im Zentralen Aktendepot
1918/2016
- 17.16 Mietvertragsverlängerung/Erweiterung einer Kindertageseinrichtung im Stadtteil Neustadt/Süd, Oberländer Wall 31
3812/2015

MdR Dr. Elster meldet sich zu Wort und merkt an, dass viele Unterlagen erst sehr kurz vor der heutigen Sitzung zugestellt worden sind. Dies sei für die Sitzungsvorbereitung ungünstig.

Außerdem bezieht er sich auf den folgenden Tagesordnungspunkt

- 8.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Personalgewinnung"
AN/0428/2016
(zurückgestellt aus der Sitzung vom 07.03.2016 bzw. 25.04.2016, bitte halten Sie die Unterlagen zur Sitzung bereit)

Stellungnahme der Verwaltung vom 04.03.2016
0783/2016

(zurückgestellt aus der Sitzung vom 07.03.2016 bzw. 25.04.2016, bitte halten Sie die Unterlagen zur Sitzung bereit)

und stellt fest, dass dieser in vergangenen AVR-Sitzungen bereits auf der Tagesordnung gestanden habe und mittlerweile faktisch erledigt sei. Er weist auf die Stellungnahme der Verwaltung vom 04.03.2016 hin, welche den Dringlichkeitsantrag obsolet mache. Daher schlägt er vor, diesen Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abzusetzen.

MdR Krupp stimmt den Ausführungen seines Vorredners in Bezug auf die späte Zustellung einzelner Unterlagen zu und kündigt daher an, dass die SPD-Fraktion einige Beschlussvorlagen ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verweisen wolle.

Den Ausführungen seines Vorredners in Bezug zum o. g. Tagesordnungspunkt stimmt er nicht zu. Der Antrag fordere die Erstellung eines Personalentwicklungskonzeptes für die Stadtverwaltung Köln und sei nicht dadurch erledigt, dass der Tagesordnungspunkt bereits mehrmals im AVR auf der Tagesordnung gestanden habe bzw. eine Stellungnahme der Verwaltung vorliegt. Die Stellungnahme der Verwaltung sei letztlich eine Auflistung von einzelnen Maßnahmen, die SPD-Fraktion fordere allerdings eine langfristige Konzeption. Er betont, dass MdR Dr. Elster in der heutigen Sitzung des Unterausschusses Stellenplan selbst auf die Herausforderungen für die Stadt Köln angesichts der demographischen Entwicklung hingewiesen habe.

MdR Richter schließt sich den Ausführungen von MdR Dr. Elster zum o. g. Tagesordnungspunkt an und spricht sich daher ebenfalls für eine Absetzung von der Tagesordnung aus.

Darüber hinaus bittet er darum, dass TOP 10.8, Brandschutzbedarfsplan für die Stadt Köln, bis zur AVR-Sitzung am 05.09.2016 zurückgestellt werde. Seine Fraktion habe hierzu noch Beratungsbedarf.

Herr Stadtdirektor Kahlen greift die Bitte von MdR Richter in Bezug auf TOP 10.8, Brandschutzbedarfsplan für die Stadt Köln, auf und weist darauf hin, dass der Stellenplan Bestandteil des Haushaltsplans und dessen Genehmigungsverfahren ist. Er erkundigt sich daher, ob TOP 10.8, Brandschutzbedarfsplan für die Stadt Köln, für den am 30.06.2016 durch den Rat der Stadt Köln zu beschließenden Stellenplan bzw. Haushalt keine Relevanz haben solle.

Frau Oberbürgermeisterin Reker habe in ihrer Einbringungsrede ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie den Brandschutzbedarfsplan der Stadt Köln als einen der Handlungsschwerpunkte sehe.

Die Situation auf Basis des aktuellen Brandschutzbedarfsplans, insbesondere die Menge an zu leistenden Überstunden, sei aus seiner Sicht dem Personal nicht mehr zumutbar. Er betont, dass der vorliegende Brandschutzbedarfsplan bereits seit 2 Jahre zur Debatte stehe.

MdR Richter bedankt sich in diesem Zusammenhang bei der Verwaltung für die zwei-stündige Infoveranstaltung zum Brandschutzbedarfsplan vor zwei Wochen. Das erstellte und im Rahmen der Veranstaltung verteilte Gutachten müsse jedoch erst einmal gewürdigt werden. Man habe noch großen Beratungsbedarf in Bezug auf die Empfehlungen und Hinweise, beispielsweise bezüglich der aktuell geleisteten Überstunden. Zwar sei ihm bewusst, dass die nächste reguläre AVR-Sitzung erst am 05.09.2016 stattfinden wird, das Gutachten jetzt auszuwerten und alle Fragen intern zu klären, sei jedoch schlichtweg nicht zu schaffen.

MdR Krupp weist auf die AVR-Sondersitzung am 23.06.2016 hin und zeigt sich einverstanden, TOP 10.8, Brandschutzbedarfsplan der Stadt Köln, zu dieser Sitzung zurückzustellen. Die Beschlussvorlage zur nächsten regulären AVR-Sitzung am 05.09.2016 zurückzustellen, könne er allerdings nicht nachvollziehen. Er fasst die Vorgeschichte dieser Beschlussvorlage kurz zusammen und zitiert folgende Sätze aus dem Beschlusstext: Mit dem o. g. Beschlussvorschlag wird der Mindeststandard für das Sicherheitsniveau in Köln erreicht. Eine Alternative besteht deshalb nicht. Eine Zurückstellung bis zur AVR-Sitzung am 05.09.2016 könne er daher nicht verantworten.

Herr Stadtdirektor Kahlen betont, dass eine Zurückstellung bis zur AVR-Sitzung am 05.09.2016 faktisch das Zurückstellen zum Haushalt 2018 bedeuten würde, welcher idealerweise zum 01.01.2018 starten werde.

Er erläutert das System, im Stellenplan mit sogenannten Sperrvermerken zu arbeiten. Es handle sich dabei um einen Freigabevorbehalt, der in der Vergangenheit beispielsweise im Gesundheitsbereich bereits genutzt worden sei.

Er schlägt vor, den besagten Fraktionen die benötigte Beratungszeit zu geben. Möglicherweise könne anschließend eine AVR-Sondersitzung hierzu nach der AVR-Sondersitzung am 23.06.2016, jedoch vor der Ratssitzung am 30.06.2016 für die Beschlussfassung stattfinden.

Herr Sauer betont, dass die o. g. Beschlussvorlage aus dem Jahr 2014 sei und seitdem zur Beratung vorliege. Daher hält er die Vorlage nun für beschlussreif.

MdR Richter greift den Vorschlag von Herrn Stadtdirektor Kahlen auf und schlägt vor, die Beschlussvorlage in der heutigen AVR-Sitzung ohne Votum in die Hpl.-Sitzung des Finanzausschusses am 23.06.2016 zu verweisen.

Der Vorsitzende trägt den Vorschlag der Verwaltung vor, dass TOP 4.1 und TOP 8.1 wegen Sachzusammenhang gemeinsam behandelt werden. Er erläutert, dass sich dies erledigen würde, sofern TOP 8.1 von der Tagesordnung abgesetzt werden sollte. Andernfalls werden die genannten TOP's gemeinsam behandelt.

Außerdem trägt er den Vorschlag der Verwaltung vor, dass TOP 4.8 und TOP 10.12 sowie TOP 4.6 und TOP 9.1 wegen Sachzusammenhang gemeinsam behandelt werden.

Weiterhin schlägt er vor, dass TOP 1.2, TOP 5.2, TOP 10.4, TOP 10.5, TOP 10.6 und TOP 10.7 wegen Sachzusammenhang gemeinsam behandelt und zeitlich vorgezogen werden.

Des Weiteren trägt der Vorsitzende den Vorschlag der Verwaltung vor, dass TOP 10.14 zeitlich vorgezogen wird.

Auf Wunsch von MdR Krupp lässt der Vorsitzende den Ausschuss zunächst darüber abstimmen, dass TOP 8.1 von der Tagesordnung abgesetzt wird.

Abstimmungsergebnis:

Mit Gegenstimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke mehrheitlich zugestimmt.

Der Ausschuss erklärt sich mit der folgenden Tagesordnung einverstanden:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

- 1.1 Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern
1. Kölner Aktionsplan
1706/2016
- 1.2 5. Frauenförderplan 2015 - 2017; Geschlechterdifferenzierter Bericht über Hebungs- und Abwertungsanträge
1829/2016

2 Internationales

- 2.1 Erste Auslandsreise führt Oberbürgermeisterin Henriette Reker nach Peking
2025/2016

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

- 3.1 Beantwortung der mündlichen Anfrage der SPD-Fraktion zur Sitzung vom 07.12.2015 betreffend "Handyladestationen in Köln"
0509/2016
- 3.2 Beantwortung von Rückfragen von RM Joisten, Marx und Aymaz im AVR am 07.03.2016 zum TOP 4.1 Situation in Porz Finkenbergr (DS 3354/2015)
1437/2016
- 3.3 Beantwortung der Anfrage der Gruppe Deine Freunde zur Sitzung am 25.04.2016 betreffend "Beschäftigung von Freien und Solo-Selbstständigen bei der Stadt Köln" (AN/0499/2016)
1230/2016
- 3.4 Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion zur Sitzung am 25.04.2016 betreffend "Kriminalitätsanstieg in den Stadtteilen" (AN/0794/2016)
1827/2016
- 3.5 Beantwortung der mündlichen Anfrage zur Sitzung vom 25.04.2016 betreffend "TOP 7.1, sag's uns"
1659/2016
- 3.6 Ergänzungen zu 1200/2016 Jahresbericht 2015 Koordinationsstelle Klimaschutz
1803/2016

4 Mitteilungen der Verwaltung

4.1 Personalgewinnung/ Besetzungsverfahren

Mitteilung der Verwaltung betreffend "Personalgewinnung / Besetzungsverfahren"
2085/2016

4.2 Kölner Vergabeordnung (KVO) 0900/2016

4.3 Kundenzufriedenheitsabfrage im Bürgertelefon, April 2016 1716/2016

4.4 Unterstützung der Projektinitiative "klarkommen". 1655/2016

4.5 Kurzprotokoll des gemeinsamen Austauschtreffen der Diversity Gremien StadtAG Behindertenpolitik, Lesben, Schwule und Transgender, Integrationsrat und Arbeitskreis Kölner Frauenvereinigungen am 15.04.2016 1539/2016

4.6 Mitteilung zum Antrag zur Ausrichtung eines Veedelsweihnachtsmarktes auf dem Ebertplatz 1787/2016

4.7 Köln nimmt an Aktion "Stadtradeln" vom 05.09. bis 25.09.2016 teil 1148/2016

4.8 Mitteilung betreffend "Beantwortung einer Anfrage der SPD-Fraktion gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates (AN/0845/2016) zur Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren am 09.06.2016 zum Thema Drogenhilfeangebot mit Drogenkonsumraum am Neumarkt" 1642/2016

4.9 Mitteilung betreffend "Beantwortung einer Anfrage der Piratengruppe gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates (AN/0847/2016) zur Sitzung des Rates am 10.05.2016 zum Thema "Warum ist Köln Schlusslicht bei der Barrierefreiheit?" 1607/2016

4.10 Mitteilung betreffend "Beantwortung von mündlichen Anfragen aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses zum Top 3.11 Handlungskonzept pathologisches Glücksspiel (0586/2016)" 1742/2016

4.11 Projektbericht "Meet & Eat - Der Wochenmarkt mit Speisen am Abend", Erfahrungszeitraum 20.08.2015 bis heute
1735/2016

4.12 Erfahrungsbericht zum Verzicht auf sachgrundlos befristete Neueinstellungen
2111/2016

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

5.1 Geschäftsprozessoptimierung - Bericht 2015
0913/2016

5.2 Personalsituation 2016 Perspektiven
1853/2016

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Einbruchs-Orakel der Kölner Polizei: Welche Daten werden im Radar erfasst?"
AN/0776/2016

Stellungnahme der Verwaltung vom 25.04.2016
1423/2016

6.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen betreffend "Bildungsurlaub nach dem Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz"
AN/1036/2016

Stellungnahme der Verwaltung vom 14.06.2016
2090/2016

6.3 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Was tut die Stadt Köln, um Menschen vor Rassismus zu schützen?"
AN/1093/2016

6.4 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Was spricht gegen Drogen-Abgabestellen in Köln?"
AN/1137/2016

6.5 Sachstand Stellenbesetzungsverfahren Amt für Personal, Organisation und Innovation – Organisationsmanagement (-11-)
AN/1193/2016

7 Mündliche Anfragen

8 Anträge

- 8.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Personalgewinnung"
AN/0428/2016

Stellungnahme der Verwaltung vom 04.03.2016
0783/2016

Dieser TOP wird von der Tagesordnung abgesetzt.

- 8.2 Die Digitale Agenda für Köln als Teil der neuen Bürgerbeteiligung!
AN/0813/2016

9 Platzvergaben

- 9.1 Weihnachtsmärkte auf Plätzen der Innenstadt (Friesenplatz und Chlodwigplatz)
1662/2016

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen betreffend "Weihnachtsmärkte auf Plätzen der Innenstadt"
AN/1181/2016

- 9.2 Vergabekonzept für Veranstaltungen auf zentralen Plätzen der Kölner Innenstadt - Erhöhung der Kontingente für Veranstaltungen auf den Plätzen Alter Markt und Heumarkt
1544/2016

10 Allgemeine Vorlagen

- 10.1 Dritte Satzung zur Änderung der Satzung über Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Einrichtungen für obdachlose Personen, Übergangwohnheimen für Aussiedler und ausländische Flüchtlinge der Stadt Köln
0666/2015

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Dritte Satzung zu Änderung der Satzung über Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Einrichtungen"
AN/1088/2016

Prüfantrag der Fraktion Die LINKE betreffend „Änderung der Satzung über Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahmen von Einrichtungen für obdachlose Personen, Übergangwohnheimen für Aussiedler und ausländische Flüchtlinge der Stadt Köln“
AN/1080/2016

- 10.2 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Erstellung eines Gutachtens zur zukünftigen Ausrichtung der städtischen Friedhöfe
0894/2016
- 10.3 4. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2016 über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2016 an den in der Verordnung aufgeführten Tagen und Zeiten.
4113/2015/1
- 10.4 Stellenplan für die Jahre 2016/2017 (incl. Stellenplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln)
1557/2016
- 10.5 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für die Jahre 2016 und 2017
1698/2016
- 10.6 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für die Kalenderjahre 2016/ 2017
1620/2016
- 10.7 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters Köln für die Kalenderjahre 2016/2017
1127/2016
- 10.8 Brandschutzbedarfsplan für die Stadt Köln
0413/2016
- 10.9 Überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Köln durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW
1057/2016
- 10.10 Überörtliche Prüfung der Informationstechnik der Stadt Köln durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW
1061/2016
- 10.11 Weiterer bedarfsgerechter Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige und für Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt bis 2020/21 ff.
2877/2015
- 10.12 Drogenhilfeangebot mit Drogenkonsumraum am Neumarkt
0438/2016

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion betreffend "Drogenhilfeangebot mit Drogenkonsumraum am Neumarkt"
AN/1087/2016
- 10.13 Änderung der Zweitwohnungssteuersatzung und der Hundesteuersatzung
1176/2016

- 10.14 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle"
hier: 2. Folgebericht -Bilanz 2012 - 2015 und Ausblick 2020
0990/2016
- 10.15 Rheinboulevard Deutz - Verkaufsstelle
0019/2016
- 10.16 Zusetzung von 1,0 Mehrstelle zur Prävention und zum Abbau von Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung im Rahmen von Diversity
1056/2016
- 10.17 Videoüberwachung in Kölner Stadtbahnhaltestellen
1596/2016
- 10.18 Aktualisierte Honorarordnung der Volkshochschule Köln
1755/2016
- 10.19 Elektronischer Versand der Sitzungsunterlagen
Überführung des Evaluationsbetriebes in den Echtbetrieb
3516/2015
- Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, der Fraktion Die LINKE und der FDP-Fraktion betreffend "Elektronischer Versand der Sitzungsunterlagen"
AN/1033/2016
- Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, der Fraktion Die LINKE und der FDP-Fraktion betreffend "Elektronischer Versand der Sitzungsunterlagen"
AN/1159/2016
- 10.20 Großschadensereignis Einsturz Historisches Archiv
hier: Verlängerung des Verzichts der Stadt Köln auf die Einrede der Verjährung gegenüber den Leih-, Vor- und Nachlassgebern des Historischen Archivs
1914/2016
- 10.21 Änderung der Satzung über die Elternbeiträge zur Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und Offenen Ganztagschulen zum 01. August 2016
1661/2016
- 10.22 Änderung der Satzungen über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzungen)
1195/2016
- 10.23 Änderung der Satzung über den Rettungsdienst der Stadt Köln
1633/2016

- 10.24 Änderung des Rettungsdienstbedarfsplans der Stadt Köln
1744/2016
- 10.25 Sicherheit im öffentlichen Raum in Köln
hier: Beitritt zum Europäischen Forum for Urban Security (EFUS) und
Deutsch-Europäischen Forum für urbane Sicherheit (DEFUS)
1959/2016
- 10.26 Erhöhtes Risikomanagement bei Großveranstaltungen und Anlässen mit größeren Menschenansammlungen
1714/2016
- 10.27 Bedarfsfeststellung über die Ausschreibung eines Rahmenvertrages von Dienstleistungen zum Bewachen von Baken / Absperrungen im Kölner Stadtgebiet und sonstigen Dienstleistungen
1656/2016

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

II. Nichtöffentlicher Teil

12 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

- 12.1 Sitzung vom 25.04.2016, TOP 17.2 Ordnungsbehördliche Bestattungen
1495/2016

13 Mitteilungen der Verwaltung

- 13.1 Mitteilung der Verwaltung über die Überstunden 2015
1470/2016
- 13.2 Umzug des „Kölner Haus des Jugendrechts“ in die Liegenschaft Am Justizzentrum 6
1734/2016
- 13.3 Mitteilung betreffend "Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke aus der Sitzung des Finanzausschusses vom 14.12.2015 betr. "Zusatzgeschäft mit Außenwerbeplätzen: Profitiert die Stadt von iBeacon-Lizenzen für den öffentlichen Raum? (AN/1881/201
1590/2016
- 13.4 Einleitung eines Vergabeverfahrens zum Abschluss eines Rahmenvertrages über digitale Produktionssysteme
1525/2016

14 Schriftliche Anfragen

15 Mündliche Anfragen

16 Anträge

17 Allgemeine Vorlagen

17.1 Änderung der Schiedsgerichtsbezirke in der Stadt Köln
1275/2016

17.2 Wahl von Schiedspersonen
1278/2016

17.3 Wahl von Schiedspersonen
1279/2016

17.4 Wahl von Schiedspersonen
1530/2016

17.5 Wahl von Schiedspersonen
1533/2016

17.6 Wahl von Schiedspersonen
1534/2016

17.7 Wahl von Schiedspersonen
1536/2016

17.8 Wahl von Schiedspersonen
1531/2016

17.9 Wahl von Schiedspersonen
1527/2016

17.10 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Einleitung eines nationalen Vergabeverfahrens (VG Kalker Hauptstr. 247 - 273)
1253/2016

17.11 Einleitung von Vergabeverfahren zum Abschluss von Rahmenverträgen für den allgemeinen städtischen Bedarf
1779/2016

17.12 Abschluss einer Rahmenvereinbarung zur Lieferung von Netzwerkkomponenten zum weiteren Netzausbau an Kölner Schulen (CAS)
1515/2016

- 17.13 Externe Dienstleistungen zur Unterstützung des laufenden Netzbetriebes (Schaltarbeiten, Störungsbehebungen und Dokumentationen)
1537/2016
- 17.14 Einleitung des Vergabeverfahrens zur Beschaffung von Impfstoffen für den längerfristigen Bedarf bei I/2-2/ Betriebsärztlicher Dienst
1799/2016
- 17.15 Erweiterung der Fahrregalanlage im Zentralen Aktendepot
1918/2016
- 17.16 Mietvertragsverlängerung/Erweiterung einer Kindertageseinrichtung im Stadtteil Neustadt/Süd, Oberländer Wall 31
3812/2015

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass Herr Michael Kühle, welcher im Rahmen von TOP 17.2 zum Schiedsmann gewählt werden soll, als beratendes Mitglied des AVR bei der Abstimmung dieser Vorlage befangen ist.

Ferner teilt der Vorsitzende dem Ausschuss die Bitte der Verwaltung mit, dass TOP 17.9 in der heutigen AVR-Sitzung unter Vorbehalt der Beschlussfassung der Bezirksvertretung Chorweiler in ihrer Sitzung am 23.06.2016 beschlossen wird.

Anschließend verpflichtet der Vorsitzende Herrn Christer Cremer als sachkundigen Bürger gemäß § 5 Abs. 1 Hauptsatzung der Stadt Köln.

I. Öffentlicher Teil

1. Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1.1 Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern 1. Kölner Aktionsplan 1706/2016

MdR Möller bedankt sich als Teilnehmerin der Lenkungsgruppe bei der Verwaltung für das vorliegende Konzept. Sie merkt zu Punkt 3.1 Geschlechterspezifische Gewalt - Sexistische Werbung des 1. Kölner Gleichstellungsaktionsplans 2016 - 2020 (Anlage 1) an, dass im Vergleich zu den Aspekten, welche die Lenkungsgruppe erarbeitet habe, einige Aspekte im vorliegenden Konzept nun jedoch nicht enthalten seien.

Der Ausschuss stellt fest, dass bei dem Umdruck des 1. Kölner Gleichstellungsaktionsplans 2016 - 2020 (Anlage 1) alle geraden Seitenanzahlen fehlen. Daher schlägt der Vorsitzende vor, dass die Beschlussvorlage zurückgestellt wird und die Verwaltung bis dahin einen neuen Umdruck veranlasst und versendet.

MdR Möller bittet um Erläuterung in Bezug auf die fehlenden Aspekte zu Punkt 3.1, sofern dies nicht mit den fehlenden Seitenzahlen zu begründen ist; insbesondere in Bezug auf „Internationales“.

Außerdem möchte sie wissen, wie und wann eine entsprechende Information an die betroffenen Vereine, Gruppierungen usw. erfolgen wird.

Frau Kronenberg greift die Nachfrage ihrer Vorrednerin auf. Die Ausführungen in Bezug auf „Internationales“ seien innerhalb der Verwaltungshierarchie geändert worden. So sei letztendlich ein Aspekt ungeändert übernommen, der andere jedoch geändert worden. Diesen Vorschlag zu Maßnahme 116 habe man im Stadtvorstand dann so übernommen.

Sie äußert ihr Bedauern in Bezug auf den unvollständigen Umdruck.

Der Vorsitzende wiederholt seinen Vorschlag, die Vorlage daher entweder zur AVR-Sondersitzung am 23.06.2016 oder zur nächsten regulären AVR-Sitzung am 05.09.2016 zurückzustellen.

Frau Kronenberg bezieht sich auf das Thema „Bordellwerbung“. Sofern sich jetzt noch entsprechende Werbung im Kölner Stadtbild wiederfinde, dann ausschließlich auf privaten und nicht auf städtischen Flächen. In diesem Zusammenhang hätten Herr Stadtdirektor Kahlen und sie kürzlich den Vorsitzenden des Vorstandes des Kölner Haus- und Grundbesitzervereins, Herrn Adenauer, mit der Bitte angeschrieben, entsprechend zu veranlassen, dass private Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer künftig keine Bordellwerbung an ihren Hauswänden zulassen. Dieser werde nun alle Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer entsprechend dazu auffordern.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden erläutert sie, dass dies nicht für Taxen gelte. Hier habe die Verwaltung in der Vergangenheit mehrfach entsprechende Versuche unternommen, es bestehe jedoch bedauerlicherweise kein Entgegenkommen.

MdR Richter spricht in diesem Zusammenhang die „bet at home“ Plakatwerbung an, welche seit einigen Wochen anlässlich der Europameisterschaft 2016 in vielen KVB-Haltestellen aushänge. Die Plakate werben für Fußballwetten und bilden eine Anima-

tion aus einem Fernglas, gerichtet auf eine nackte Frau mit einem Fußball unter dem Arm, ab. Er frage sich, wie solch sexistische Werbung zugelassen werden könne.

Frau Kronenberg entgegnet, dass diesbezüglich bereits der Deutsche Werberat angeschrieben worden sei. Dabei habe man sich auf die Rüge des Österreichischen Werberates gestützt. Dort seien die Werbeplakate mittlerweile entfernt worden. Der Deutsche Werberat hingegen habe noch nicht entschieden, dass die besagten Werbeplakate abgehängt werden müssen.

Heute habe die Verwaltung in Kooperation mit den Stadtwerken Köln als Vertragspartner der Firma Ströer diese zum Abhängen der Werbeplakate aufgefordert. Hierzu liege noch keine Rückmeldung vor.

MdR Tokyürek bezieht sich auf Maßnahme 126, welche auf Seite 53 des 1. Kölner Gleichstellungsaktionsplans 2016 - 2020 (Anlage 1) beschrieben wird. Sie möchte wissen, warum in diesem Zusammenhang ausschließlich Tel Aviv als Kölner Partnerstadt und nicht beispielsweise Istanbul genannt wird.

Frau Kronenberg antwortet, dass das Amt für Kinder, Jugend und Familie ihres Wissens nach eine besondere Kooperation mit Tel Aviv habe und diese Maßnahme in den Zuständigkeitsbereich des genannten Amtes falle.

Der Vorsitzende schlägt erneut vor, dass die Beschlussvorlage entweder zur AVR-Sondersitzung am 23.06.2016, sofern die Verwaltung bis dahin einen neuen Umdruck zur Verfügung stellt, oder alternativ zur nächsten regulären AVR-Sitzung am 05.09.2016 zurückgestellt wird.

Beschluss:

Diese Beschlussvorlage wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

1.2 5. Frauenförderplan 2015 - 2017; Geschlechterdifferenzierter Bericht über Hebungs- und Abwertungsanträge 1829/2016

Der Vorsitzende schlägt vor, dass dieser TOP in der AVR-Sondersitzung am 23.06.2016 gemeinsam mit

- 1.2 5. Frauenförderplan 2015 - 2017; Geschlechterdifferenzierter Bericht über Hebungs- und Abwertungsanträge 1829/2016
- 5.2 Personalsituation 2016 Perspektiven 1853/2016
- 10.4 Stellenplan für die Jahre 2016/2017 (incl. Stellenplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln) 1557/2016
- 10.5 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für die Jahre 2016 und 2017 1698/2016

- 10.6 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für die Kalenderjahre 2016/2017
1620/2016
- 10.7 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters Köln für die Kalenderjahre 2016/2017
1127/2016

behandelt wird und die Verwaltung die diesbezüglichen Fragen der Mitglieder des Unterausschusses Stellenplan aus der heutigen Sitzung bis dahin schriftlich beantworten werde.

Die Mitteilung wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

2 Internationales

2.1 Erste Auslandsreise führt Oberbürgermeisterin Henriette Reker nach Peking 2025/2016

Herr Cremer möchte wissen, ob die in der Mitteilung genannten Personen per Business- oder Economy-Class nach Peking geflogen sind und in welcher Höhe insgesamt Kosten angefallen sind.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung dieser Nachfragen zu.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Beantwortung der mündlichen Anfrage der SPD-Fraktion zur Sitzung vom 07.12.2015 betreffend "Handyladestationen in Köln" 0509/2016

MdR Krupp erläutert, dass ein Antrag von Schülerinnen und Schülern der Edith-Stein-Realschule im Rahmen des Tages der Jugend Hintergrund der Anfrage der SPD-Fraktion gewesen sei.

Aus der Beantwortung der Anfrage gehe nun hervor, dass die Einrichtung und Zurverfügungstellung von Handyladestationen für die Allgemeinheit nun modellhaft in der Stadtbibliothek durchgeführt werde. Er lobt diese Maßnahme und bedankt sich bei der Verwaltung.

Frau Kerst möchte wissen, wie viele Ladestationen es in Köln geben soll. Vergleichsweise führt sie auf, dass es in New York etwa 7.500 Ladestationen gibt. Umgerechnet auf die Bevölkerung würde dies für Köln etwa 900 Ladestationen ergeben. Sie bittet die Verwaltung diesbezüglich um Mitteilung.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

3.2 Beantwortung von Rückfragen von RM Joisten, Marx und Aymaz im AVR am 07.03.2016 zum TOP 4.1 Situation in Porz Finkenberg (DS 3354/2015) 1437/2016

MdR Joisten zeigt sich enttäuscht, dass die Verwaltung in Bezug auf die Verhältnisse in den Wohnanlagen in Porz Finkenberg faktisch kapituliere. Es sei ihm bekannt, dass die Überfüllung des Wohnraums, d. h. zum Teil 8 Personen in einer 2-Zimmer-Wohnung, mit temporärem Besuch begründet werde. Er könne nicht nachvollziehen, warum die Verwaltung dies so hinnehme, anstatt Personal zuzusetzen und so die Situation längerfristig zu beobachten. Das Wohnungsaufsichtsgesetz habe u. a. das Ziel, Wohnverhältnisse unter Kontrolle zu bringen und gegen massive Überbelegung vorzugehen. Zudem sei in vielen Wohnungen ein massiver Schimmelbefall vorzufinden, weshalb von erheblichen Bau- und Ausstattungsmängeln gesprochen werden könne. Auch diesbezüglich biete das Wohnungsaufsichtsgesetz seiner Meinung nach deutlich mehr Handlungsspielraum. Mit der vorliegenden Beantwortung sei er überhaupt nicht einverstanden und bittet die Verwaltung daher um Präzisierung der beiden von ihm geschilderten Aspekte.

Er kündigt an, die Thematik inhaltlich auch in den Ausschuss Soziales und Senioren einfließen zu lassen.

MdR Marx schließt sich den Ausführungen seines Vorredners an. Er spricht ebenfalls das Wohnungsaufsichtsgesetz aus dem Jahr 2014 an, welches auch seiner Meinung nach mehr Möglichkeiten biete. Auch die CDU-Fraktion sei mit der Beantwortung nicht einverstanden. Um konsequenter insbesondere gegen die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer vorzugehen, brauche man sicherlich mehr Personal.

Er spricht den dreistündigen Ortstermin, welcher am 17.06.2016 stattgefunden hat, an. Dieser sei sehr hilfreich gewesen, wenn auch die AWB in Vorbereitung auf den Termin massive Reinigungsaktionen durchgeführt habe. So sauber habe es in Porz-Finkenberg seit Jahrzehnten nicht mehr ausgesehen; dies habe das Bild ein Stück weit verfälscht. Daher bittet er die Verwaltung um einen erneuten Ortstermin, welcher dann allerdings kurzfristig und ohne, dass ein Großteil der betroffenen Akteure von diesem vorab Kenntnis erlangt, anberaunt werde.

Ferner erinnert er an den Beschluss der Bezirksvertretung Porz aus November 2014 bezüglich der Erstellung eines Handlungskonzeptes für Porz Finkenberg. Im Rahmen des vergangenen Ortstermins habe man sich bereits ausführlich über dieses Thema unterhalten. Daher gehe er davon aus, dass die Verwaltung spätestens im Rahmen des vergangenen Ortstermins einen umfangreichen Auftrag erhalten habe.

Herr Stadtdirektor Kahlen erklärt, dass im Rahmen dieses Ortstermins u. a. zwei Aspekte festgelegt worden seien. Einerseits sei dies ein spontaner Ortstermin Ende August bzw. Anfang September 2016 und andererseits sei dies die Kontrolle in Bezug auf Überbelegung. Zielführend seien mehrmalige und nicht einmalige Kontrollen. Er kündigt diesbezüglich an, das Gespräch mit Dezernat V zu suchen und zu klären, inwieweit man die Kontrollen intensivieren könne.

Der Vorsitzende bedankt sich bei der Verwaltung für den vergangenen Ortstermin in Porz Finkenberg. Dieser sei sowohl in Bezug auf die Vermüllung als auch in Bezug auf die bauliche Situation sehr aufschlussreich gewesen. Er erwähnt beispielhaft ein durch einen Brandschaden im Eingangsbereich beschädigtes Gebäude, in welchem Elektrokabel ungeschützt platziert gewesen seien. Auch er betont, dass er intensiviere Kontrollen für sinnvoll halte. Man habe der Verwaltung im Rahmen des vergangenen Ortstermins in Porz Finkenberg einige Maßnahmen aufgezeigt, um die Zustände vor Ort zu verbessern.

In Bezug auf die vorliegende Beantwortung der Verwaltung erstaunt ihn die Ausführung zum Thema „Drogenhandel“ als Schwerpunkt der Problemlage in Porz Finken-berg. Der leitende Polizeibeamte des Zuständigkeitsbereichs, Herr Reischke, habe ihm auf Nachfrage mitgeteilt, dass die Situation in diesem Zusammenhang unauffällig sei. Die Wahrnehmung der Stadtverwaltung und die der Polizei fallen demnach dia-metral auseinander. Da es fundamentale Unterschiede bezüglich der Lageeinschät-zung gebe, regt er eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Amt für öffentliche Ordnung und der Polizei an.

Herr Stadtdirektor Kahlen teilt mit, dass die von seinem Vorredner erwähnten Kabel nicht mehr an eine Anlage o. ä. angeschlossen waren. Insofern habe hier keine Ge-fahr bestanden. Dies habe ihm die Feuerwehr auf Nachfrage mitgeteilt.

In Bezug zum „Drogenhandel“ gebe es zwar punktuelle Hinweise, beispielsweise wenn entsprechende Utensilien usw. an der S-Bahnhaltestelle „Steinstr.“ gefunden werden, es sei bei den Anwohnerinnen und Anwohnern allerdings kein zentrales Thema, sondern eher untergeordnet. Nichtsdestotrotz bleibe die Verwaltung mit Herrn Reischke in Kontakt, auch in Bezug auf den spontanen Ortstermin Ende August bzw. Anfang September 2016.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

3.3 Beantwortung der Anfrage der Gruppe Deine Freunde zur Sitzung am 25.04.2016 betreffend "Beschäftigung von Freien und Solo-Selbstständigen bei der Stadt Köln" (AN/0499/2016) 1230/2016

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

3.4 Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion zur Sitzung am 25.04.2016 betreffend "Kriminalitätsanstieg in den Stadtteilen" (AN/0794/2016) 1827/2016

Herr Görzel bedankt sich bei der Verwaltung für die Beantwortung und insbesondere für die Informationseinholung bei der Polizei.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

3.5 Beantwortung der mündlichen Anfrage zur Sitzung vom 25.04.2016 be-treffend "TOP 7.1, sag's uns" 1659/2016

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

3.6 Ergänzungen zu 1200/2016 Jahresbericht 2015 Koordinationsstelle Kli-maschutz 1803/2016

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

4 Mitteilungen der Verwaltung

4.1 Personalgewinnung/ Besetzungsverfahren

Mitteilung der Verwaltung betreffend "Personalgewinnung / Besetzungsverfahren" 2085/2016

Der Vorsitzende bezieht sich auf eine von Herrn Stadtdirektor Kahlen im Rahmen des Ortstermins in Porz Finkenbergr am 17.06.2016 (siehe TOP 3.2) getroffene Aussage bezüglich der Besetzung der 100,00 zusätzlichen Stellen im Ordnungsbereich. Dieser habe dort gesagt, dass sich die Besetzung der genannten Stellen doch als schwieriger erweist wie ursprünglich gedacht und in den vergangenen AVR-Sitzungen geäußert, dass die vielen Bewerberinnen und Bewerber häufig nicht über die erforderliche Qualität verfügen. Er möchte diesbezüglich den aktuellen Sachstand wissen.

Herr Stadtdirektor Kahlen bestätigt, dass es eine hohe Interessentenquote gebe. Allerdings unterscheide sich die tatsächliche Eignung von der Selbsteinschätzung der Bewerberinnen und Bewerber. Daher brauche die Verwaltung für die Besetzung der 100 zusätzlichen Stellen im Ordnungsbereich in der Tat etwas länger als ursprünglich gedacht, zumal das Verfahren sehr aufwendig sei. Er betont, dass es auf der Nachfrageseite immer noch ein großes Bewerberreservoir gebe und zeigt sich daher zuversichtlich, dass noch in diesem Jahr die entsprechende Sollzahl erreicht werde.

MdR Dr. Elster erinnert an die monatelangen Diskussionen im Hauptausschuss sowie im AVR und an den Antrag der SPD-Fraktion, die eigentlich für das Jahr 2017 vorgesehenen Stellen vorzeitig zu besetzen. In diesem Zusammenhang habe man sich immer erkundigt, ob die Stellen tatsächlich und realistischer Weise zeitnah besetzt werden können. Die Verwaltung habe daraufhin die diesbezüglich bestehenden Zweifel nicht bestätigt. Da nun erst 34,00 Stellen tatsächlich besetzt seien, fordert er realistische Planungen und Auskünfte hierzu.

MdR Krupp greift den von seinem Vorredner angesprochenen Antrag der SPD-Fraktion auf. Die SPD-Fraktion vertrete die legitime Meinung, dass 100,00 zusätzliche Stellen im Ordnungsbereich erforderlich seien.

MdR Dr. Elster ergreift das Wort und betont, dass auch die CDU-Fraktion diese Meinung vertrete.

Es folgt eine kurze Aussprache.

MdR Richter betont, dass diesbezüglich ein immenser Druck aufgebaut wurde. Man habe ein Signal in Köln setzen wollen und daher die vorzeitige Besetzung der Stellen anlässlich der Geschehnisse in der vergangenen Silvesternacht befürwortet. Er wiederholt, dass nun erst 34,00 Stellen tatsächlich besetzt sind. Daher bilde die an die Kölner Bevölkerung vermittelte Grundbotschaft, im Ordnungsbereich personell nachzurüsten, nicht die Realität ab.

Herr Stadtdirektor Kahlen bezieht sich auf die Einschätzung von Herrn Rummel, dass eine Besetzung der Stellen bis Herbst 2016 realistisch sei.

MdR Dr. Elster ergreift das Wort und wiederholt, dass aktuell nicht mal die Hälfte der 100,00 zusätzlichen Stellen besetzt ist.

Herr Stadtdirektor Kahlen erinnert daran, dass der Haushalt erst am 16.11.2015 von der Bezirksregierung Köln freigegeben worden ist und daran, dass es zurzeit eine

enorme Debatte über die notwendigen Qualifikationen von Polizistinnen und Polizisten gibt, die man zum Teil auch auf den Ordnungsbereich übertragen könne.

Er teilt mit, dass unter Umständen einige Personen, insbesondere Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger, für eine Einstellung im kommunalen Ordnungsbereich nachqualifiziert werden müssten und die Stadt in Bezug auf hinreichend qualifiziertes Personal Verantwortung trage. Nichtsdestotrotz sei die Besetzung der Stellen bis Herbst 2016 realistisch.

MdR Dr. Elster bezieht Stellung für seine Fraktion und für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und betont, dass Sicherheit und Ordnung für beide ein wichtiges Thema sei. Eben weil von Anfang an klar gewesen sei, dass die Besetzung der Stellen schwierig ist, habe man das Vorziehen der Stellenfreigaben bereits seinerzeit kritisch gesehen.

MdR Krupp wendet sich an Herrn Rummel und möchte wissen, ob der politische Beschluss, 100,00 Stellen im Ordnungsbereich zuzusetzen, dem Amt für öffentliche Ordnung bei der Aufgabenwahrnehmung entgegen komme oder zwecks tatsächlicher Stellenbesetzungsschwierigkeiten ohnehin keinen Sinn habe.

Nach einem lebendigen Wortwechsel einzelner Fraktionsvertreter antwortet Herr Rummel, dass jede zusätzliche Mitarbeiterin bzw. jeder zusätzlicher Mitarbeiter dienlich ist. Unabhängig von der Anzahl begrüße er jede Stellenzusetzung und dies am liebsten ab sofort.

Er erläutert, dass in der Realität tausende an Bewerbungen eingehen. Da die Anforderungen trotz aller politischen Forderungen und aufgrund Zeitdruck dennoch nicht gesenkt werden, erfordere die Stellenbesetzung eine gewisse Zeit.

Die bereits neu eingestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ermöglichen u. a. Sonderaktionen, beispielsweise in Porz Finkenberg oder im Eigelstein-Viertel. Außerdem könnten die Dienstpläne viel leichter befüllt und das Personal für Großveranstaltungen besser eingeteilt werden. Dies zeige, dass jeder Mitarbeiter bzw. jede Mitarbeiterin dem Amt für öffentliche Ordnung neues Potenzial bietet.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.2 Kölner Vergabeordnung (KVO) 0900/2016

MdR Richter fordert, dass der Aspekt der fairen Vergabe stärker betont werde. Dieser stelle in der vorliegenden Kölner Vergabeordnung ein untergeordnetes Segment dar. Seine Fraktion werde hierzu in den nächsten Wochen und Monaten einzelne Anfragen stellen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.3 Kundenzufriedenheitsabfrage im Bürgertelefon, April 2016 1716/2016

Der Ausschuss nimmt die vorliegende Mitteilung zur Kenntnis.

4.4 Unterstützung der Projektinitiative "klarkommen". 1655/2016

MdR Tokyürek bittet, die vorliegende Mitteilung für den Integrationsrat bereitzustellen.

Sie möchte wissen, wer der Träger ist, ob die Beratungsleistungen bereits aufgenommen worden sind, auf wie viele Personen sich die Maßnahme bezieht und wie diese abläuft. Sie bittet um Beantwortung ihrer Fragen bis zur nächsten Sitzung des Integrationsrates am 29.08.2016.

Herr Hess greift die Informationen aus der vorliegenden Mitteilung auf und betont, dass bereits seit Mai 2014 eine Initiative laufe, die auf die Zielgruppe ausländischer Mehrfachtatverdächtiger gerichtet ist. Er möchte wissen, welchen Beitrag die Verwaltung selbst leiste und ob angesichts der jüngsten Ereignisse angedacht sei, die Initiative auszubauen.

Herr Stadtdirektor Kahlen erklärt, dass es sich im Ergebnis um ein sozialarbeiterisches Projekt handle, welches interessanterweise vom Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen finanziert werde. Dies zeige, dass sich die Polizei aufstellt, um Jugendliche mit negativen Erlebnissen einer Flucht durch erfahrene Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter und durch Landsleute mit entsprechenden Sprach- und Kulturkenntnissen anzusprechen. Dieses Projekt laufe im linksrheinischen Kölner Stadtgebiet sowie in weiteren Großstädten bereits seit dem 21.09.2014. Anlässlich der Geschehnisse in der vergangenen Silvesternacht habe das o. g. Ministerium entschieden, das Projekt auch im rechtsrheinischen Kölner Stadtgebiet zu starten, wobei hierfür insgesamt Trägerleistungen von 5 bis 6 Akteuren angedacht seien, da insbesondere in Kalk und in Mülheim sehr viele junge nordafrikanische Flüchtlinge leben.

In Bezug auf die Nachfrage von Herrn Hess erläutert er, dass der Eigenanteil der Verwaltung darin bestehe, entsprechende Räumlichkeiten für das Projekt ohne Kostenerstattung zur Verfügung zu stellen und räumliche Engpässe im Bezirksrathaus Kalk hinzunehmen.

Auf die Nachfrage von MdR Tokyürek antwortet er, dass die Trägerentscheidung seiner Kenntnis nach noch nicht gefallen sei. Er sichert zu, weitere Informationen hierzu nachzuliefern.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.5 Kurzprotokoll des gemeinsamen Austauschtreffen der Diversity Gremien StadtAG Behindertenpolitik, Lesben, Schwule und Transgender, Integrationsrat und Arbeitskreis Kölner Frauenvereinigungen am 15.04.2016
1539/2016**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.6 Mitteilung zum Antrag zur Ausrichtung eines Veedelsweihnachtsmarktes auf dem Ebertplatz
1787/2016**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.7 Köln nimmt an Aktion "Stadtradeln" vom 05.09. bis 25.09.2016 teil
1148/2016**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.8 Mitteilung betreffend "Beantwortung einer Anfrage der SPD-Fraktion gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates (AN/0845/2016) zur Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren am 09.06.2016 zum Thema Drogenhilfeangebot mit Drogenkonsumraum am Neumarkt" 1642/2016

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.9 Mitteilung betreffend "Beantwortung einer Anfrage der Piratengruppe gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates (AN/0847/2016) zur Sitzung des Rates am 10.05.2016 zum Thema "Warum ist Köln Schlusslicht bei der Barrierefreiheit?" 1607/2016

MdR Hegenbarth bedankt sich bei der Verwaltung für die ausführliche Beantwortung der Anfrage. Er bezieht sich auf Frage 4 und erläutert, dass die Unterbringung von besonders schutzwürdigen Personen mit Behinderung in der Vergangenheit schwierig gewesen sei. Daher möchte er wissen, ob bzw. inwiefern sich die aktuelle Situation mittlerweile verbessert habe. Er habe hierzu eine Anfrage von den entsprechenden Initiativen erhalten.

Herr Stadtdirektor Kahlen sichert seinem Vorredner eine Beantwortung der Nachfrage zu; nach Presseinformationen sei das Thema aufgenommen worden.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.10 Mitteilung betreffend "Beantwortung von mündlichen Anfragen aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses zum Top 3.11 Handlungskonzept pathologisches Glücksspiel (0586/2016)" 1742/2016

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.11 Projektbericht "Meet & Eat - Der Wochenmarkt mit Speisen am Abend", Erfahrungszeitraum 20.08.2015 bis heute 1735/2016

MdR Möller begrüßt die erfreuliche Resonanz bezüglich „Meet & Eat – Der Wochenmarkt mit Speisen am Abend“. Vor dem Hintergrund, dass die Umsätze von frischen Produkten abnehmen und stattdessen die Umsätze aus Außerhausverzehren zunehmen, stelle sich ihr die Frage, ob weitere Projekte dieser Art auf anderen Kölner Plätzen angedacht seien.

Herr Stadtdirektor Kahlen weist darauf hin, dass die vorliegende Mitteilung von Dezernat III erstellt worden ist und sichert zu, die Nachfrage daher entsprechend weiterzuleiten.

MdR Dr. Elster merkt an, dass der AVR als zuständiger Ausschuss bedauerlicherweise erst nachrangig über das Projekt informiert wurde. Er bittet daher künftig um frühzeitige Information an den AVR, sollten weitere Plätze im Stadtgebiet für Projekte dieser Art anvisiert werden.

Herr Stadtdirektor Kahlen entgegnet, dass die Zuständigkeit für Wochenmärkte in Folge einer organisatorischen Veränderung nicht mehr beim Amt für Öffentliche Ordnung, sondern nun bei Dezernat III liege. Er bittet, die Zuständigkeitsregeln für Wochenmärkte, für privilegierte Plätze und für nicht zentrale Plätze zu beachten.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass die federführende Zuständigkeit des Dezernats III nicht bestritten werde, aber dennoch der Wunsch nach rechtzeitiger Gelegenheit zur Kenntnisnahme bestehe.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.12 Erfahrungsbericht zum Verzicht auf sachgrundlos befristete Neueinstellungen 2111/2016

Herr Sauer bedankt sich für die vorliegende Mitteilung.

Er möchte wissen, in welchen Bereichen Personal dennoch weiterhin sachgrundlos befristet neueingestellt wird.

Herr Stadtdirektor Kahlen führt auf, dass beispielsweise im Bereich „Bühnen“ und „Künstler“ Personal sachgrundlos befristet neueingestellt werde.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

5.1 Geschäftsprozessoptimierung - Bericht 2015 0913/2016

MdR Richter bedankt sich für die umfangreiche Mitteilung.

In Bezug auf Effizienz und Optimierungsmöglichkeiten möchte er wissen, ob durch Geschäftsprozessoptimierung in der Vergangenheit und/oder in der Zukunft Personalbedarf eingespart oder ein Mehr an Personalbedarf reduziert werden könne.

Herr Stadtdirektor Kahlen entgegnet, dass Personalressourcenschonung und -einsatz stets ein zentraler Aspekt sei. Die Verwaltung hoffe, über die Geschäftsprozessoptimierung Personal in der Tat entlasten zu können.

Der Vorsitzende bittet den künftigen für die Strategische Steuerung Verantwortlichen aus dem Büro der Oberbürgermeisterin, dem AVR, analog Hauptausschuss, die ersten Überlegungen hierzu in der nächsten AVR-Sitzung am 05.09.2016 zur Kenntnis zu geben.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

5.2 Personalsituation 2016 Perspektiven 1853/2016

Die Mitteilung wird zur AVR-Sondersitzung am 23.06.2016 zurückgestellt, siehe oben.

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Einbruchs-Orakel der Kölner Polizei: Welche Daten werden im Radar erfasst?" AN/0776/2016

Stellungnahme der Verwaltung vom 25.04.2016 1423/2016

MdR Hegenbarth bedankt sich für die Stellungnahme der Verwaltung. Tenor sei demnach, dass die Verwaltung nicht über das Projekt „SKALA“ informiert worden sei, dieses aber dennoch gutheiße. Er möchte wissen, ob diesbezüglich zukünftig ein Austausch zwischen Verwaltung und Polizei geplant ist.

Herr Rummel antwortet, dass insbesondere das Amt für öffentliche Ordnung und die Berufsfeuerwehr einen Austausch mit der Polizei institutionalisieren möchten. Auf Wunsch von MdR Hegenbarth sagt Herr Rummel eine schriftliche Auskunft hierzu zu. Herr Stadtdirektor Kahlen ergänzt, dass die Verwaltung Informationen aus gegebenem Anlass hierzu unaufgefordert bereitstellen werde.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

6.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen betreffend "Bildungsurlaub nach dem Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz" AN/1036/2016

Stellungnahme der Verwaltung vom 14.06.2016 2090/2016

MdR Richter möchte in Bezug zu Frage 3 wissen, ob die Bewilligung bzw. die Ablehnung von Bildungsurlaub von den Dienststellen dezentral, d. h. ohne Einbeziehung des Amtes für Personal, Organisation und Innovation, entschieden werde und ob diese über ausreichende Entscheidungskompetenzen hierzu verfügen.

Herr Heintz verweist auf das Handbuch für dezentrale Personalarbeit der Stadt Köln, in welchem u. a. das Verfahren und die Formalitäten in Bezug auf Bildungsurlaub geregelt werden. Die Entscheidungskompetenz liege demnach dezentral bei den Dienststellen, das Amt für Personal, Organisation und Innovation stehe den Dienststellen als zentrales Amt aber selbstverständlich bei Nachfragen etc. zur Verfügung.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

6.3 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Was tut die Stadt Köln, um Menschen vor Rassismus zu schützen?" AN/1093/2016

Hierzu liegt noch keine Stellungnahme der Verwaltung vor.

**6.4 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend "Was spricht gegen Drogen-Abgabestellen in Köln?"
AN/1137/2016**

Hierzu liegt noch keine Stellungnahme der Verwaltung vor.

**6.5 Sachstand Stellenbesetzungsverfahren Amt für Personal, Organisation und Innovation – Organisationsmanagement (-11-)
AN/1193/2016**

MdR Krupp bittet um eine schriftliche Beantwortung der Fragen. Er betont, dass das Amt für Personal, Organisation und Innovation ein wichtiges Amt sei. Er sei daher verwundert, dass die Leitungsstelle bereits seit langer Zeit unbesetzt ist.

Hierzu liegt noch keine Stellungnahme der Verwaltung vor.

7 Mündliche Anfragen

7.1 Hundeangriffe in Kölner Parkanlagen

Herr Hopfauf berichtet, dass Hunde vor kurzem Tiere in Kölner Parkanlagen angegriffen haben. Dabei seien mutmaßlich Schwäne verletzt worden. Dies habe er der heutigen Presse entnommen. Hierzu gebe es auch eine Mitteilung des Amtes für öffentliche Ordnung, in welcher an die Leinenpflicht erinnert und an das Verhängen von Bußgeldern in Höhe von 25,00 € bis 1.000,00 € verwiesen wird. Nun stelle sich ihm die Frage, was man künftig gegen die Hundeangriffe tun kann. Er hält eine Kombination aus präventiven Maßnahmen (Aufklärung) und repressiven Maßnahmen (Buß- und Ordnungsgelder) für zielführend.

Daher möchte er wissen, ob es im Sinne einer präventiven Maßnahme möglich sei, Hundehalterinnen und -halter anzuschreiben, beispielsweise im Rahmen der regulären Versendung der Hundesteuerbescheide, und auf die Rechtslage hinzuweisen. Weiterhin erkundigt er sich, ob es ebenfalls im Sinne einer präventiven Maßnahme möglich sei, an den Stellen, an welchen Tiere besonders durch Hunde gefährdet sind, entsprechende Hinweisschilder aufzustellen.

Ferner möchte er wissen, wie viele Buß- und Ordnungsgelder und in welcher Höhe in diesem Zusammenhang als repressive Maßnahme tatsächlich verhängt werden.

Abschließend fragt er nach, welche Möglichkeiten darüber hinaus in Frage kommen, um der Sache Herr werden zu können.

Er bittet die Verwaltung um Beantwortung seiner Nachfragen bis zur nächsten AVR-Sitzung am 05.09.2016.

Herr Cremer stimmt den Ausführungen von Herrn Hopfauf zu und merkt an, dass er am Decksteiner Weiher wohne und dort persönlich noch nie, auch nicht an Wochenenden, Kräfte des Ordnungsdiensts gesehen habe, welche die Leinenpflicht für Hunde durchsetzen. Er bittet die Verwaltung daher um Information bezüglich der Personalstärke in diesem Bereich.

Der Vorsitzende bittet die Verwaltung, die Anmerkung von Herrn Cremer im Rahmen der Beantwortung der Nachfragen von Herrn Hopfauf entsprechend zu berücksichtigen.

7.2 Attentat in Orlando in der vergangenen Woche

Herr Spröde bezieht sich auf das Attentat in Orlando in der vergangenen Woche und auf die Mahnwache am Kölner Dom, an welcher u. a. Frau Oberbürgermeisterin Reker und zwei Bürgermeister teilgenommen haben. Er betont, dass die Stadt Köln im internationalen Netzwerk Rainbow-Cities vertreten ist und jährlich einen der größten CSD in Deutschland veranstalte.

Er möchte wissen, was die Verwaltung anlässlich des Attentates in Orlando in der vergangenen Woche unternommen hat bzw. unternimmt. Beispielhaft führt er auf, dass die Stadt Bielefeld ihr Wahrzeichen beleuchtet habe. Die Tatsache, dass die Stadt Köln in dieser Hinsicht scheinbar nichts unternommen habe, beispielsweise eine Flagge auf Halbmast zu setzen, findet er aus Sicht der Stadtarbeitsgemeinschaft LST äußerst beschämend.

Er erachte daher einen Plan für solche Fälle als sinnvoll.

Herr Stadtdirektor Kahlen bedauert die Einschätzung seines Vorredners. Er habe den Eindruck gehabt, dass die Tatsache, dass Frau Oberbürgermeisterin Reker sich spontan an der Mahnwache am Kölner Dom beteiligt hat, das höchste zu setzende Zeichen sei und substanzieller als das Setzen einer Fahne auf Halbmast.

Herr Spröde teilt mit, dass er das Engagement von Frau Oberbürgermeisterin Reker und der Bürgermeister, die ebenfalls an der Mahnwache am Kölner Dom teilgenommen haben, in keiner Weise schmälern möchte. Aus seiner Sicht sei die Mahnwache unabhängig von dem Setzen einer Fahne auf Halbmast zu betrachten. Das Anstrahlen eines Wahrzeichens, beispielsweise das Anstrahlen der Hohenzollernbrücke, sowie das Hissen einer Fahne auf Halbmast o. ä. seien Zeichen für Menschen nach außen und von dem persönlichen Engagement von Frau Oberbürgermeisterin Reker zu unterscheiden. Herr Obama habe anlässlich des Attentats ebenfalls sowohl etwas anstrahlen lassen als auch persönlich etwas gesagt.

7.3 Personalsituation in den Meldehallen

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Presse kürzlich über die Personalsituation in den Meldehallen, insbesondere im Stadtbezirk Chorweiler, berichtet habe.

Er erkundigt sich nach den Stellenbesetzungen in diesem Bereich und möchte wissen, ob es personelle Reservekapazitäten gebe bzw. Personal, welches zur Verfügung gestellt werden könne, damit die Bürgerinnen und Bürger hinreichend bedient werden können.

MdR Dr. Elster weist darauf hin, dass im Stellenplan Zusetzungen in Höhe von 10,00 Stellen vorgesehen seien. Er möchte wissen, ob diese Stellen genau für diesen Bereich angedacht seien.

Herr Stadtdirektor Kahlen erläutert die Schwierigkeit, dass das Personal in den Kundenzentren, insbesondere in Bezug auf die Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Ausstellen eines Personalausweises, auf ein enormes Fachwissen zurückgreifen müsse. Aus dem Bereich der KFZ-Zulassungsstelle seien beispielsweise zwei Kolleginnen kurzfristig nach Mülheim gebeten worden, welche jedoch nur Fachwissen zu einem ganz bestimmten Spektrum beitragen können.

Man warte nun auf die neuen Personalzuweisungen, welche zum 01.07.2016 gelten. Außerdem sei darüber hinaus, insbesondere vor dem Hintergrund, dass hinreichend qualifiziertes Personal abrufbar vorgehalten werden müsse, die von MdR Dr. Elster abgesprochene Einrichtung eines Stellenpools bestehend aus 10,00 Stellen beabsichtigt. Aktuell sei anlässlich des bevorstehenden Sommerferienstarts erhöhtes Arbeitsaufkommen in den Kundenzentren zu verzeichnen.

7.4 Situation am Barbarossaplatz

MdR Krupp bezieht sich auf die Berichterstattung im Kölner Stadtanzeiger. Demnach habe ein Gastwirt am Barbarossaplatz Sondernutzungsgebühren für die Inanspruchnahme einer Fläche zahlen müssen, welche letztendlich jedoch nicht der Stadt gehöre. Die Tatsache, dass die Verwaltung dem Gastwirt in Bezug auf eine Rückzahlung nun nicht entgegenkomme - dies sei zumindest dem Kölner Stadtanzeiger zu entnehmen - erzeuge ein verheerendes Bild.

Daher möchte er wissen, ob die Verwaltung tatsächlich nichts unternehmen könne, beispielsweise in Bezug auf die Verjährung, und welche Maßnahmen ergriffen werden, um derartige Fälle in Zukunft zu verhindern.

Herr Rummel erläutert, dass es bezüglich des Barbarossaplatzes Ende der 1950er bzw. Anfang der 1960er Jahre ein sogenanntes Umlegungsverfahren gegeben habe. In diesem Zusammenhang habe die Verwaltung Eigentümern gestattet, auch in den Bereichen, in welchen ursprünglich öffentliche Straßen entstehen sollten, Überbauungen vorzunehmen. Es sei seinerzeit festgehalten worden, dass der neue Eigentümer seine ihm gehörende Fläche zwar bebauen darf, sie aber im Bereich der Überbauung freihalten muss. Im Grundbuch sei eine persönliche Dienstbarkeit zu Gunsten der Stadt Köln eingetragen worden. Daher sei es völlig unstrittig, dass bei einer Nutzung, ggf. eine entsprechende Entschädigung zu zahlen sei.

Der Gastronom hätte die genutzte Fläche bereits in der Vergangenheit eigentlich gar nicht nutzen dürfen. Als Entgegenkommen dulde die Verwaltung nun aber auch in Zukunft weiterhin das Aufstellen von Tischen und Stühlen im besagten Bereich. Die Dienstbarkeit soll nun aufgehoben werden, da die Stelle aktuell nicht anderweitig benötigt werde und der Bürgersteig ausreichend breit sei. So habe der Eigentümer wirtschaftliche Vorteile im Rahmen der Nutzung der Fläche zu jeder Zeit erzielt.

7.5 Nutzung der Fraktionsräumlichkeiten

MdR Wiener wendet sich an Herrn Stadtdirektor Kahlen und möchte von ihm wissen, wann mit der im Rat zugesagten schriftlichen Beantwortung betreffend der Nutzung der Fraktionsräumlichkeiten im Rathaus, Spanischer Bau, für Parteiwerbung gerechnet werden kann.

Herr Dr. Becker merkt an, dass die Beantwortung dieser Frage in die Zuständigkeit von Frau Oberbürgermeisterin Reker und nicht von Herrn Stadtdirektor Kahlen falle. Er sagt zu, dass die Beantwortung kurzfristig erfolgen werde.

8 Anträge

8.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Personalgewinnung" AN/0428/2016

Stellungnahme der Verwaltung vom 04.03.2016 0783/2016

Der Ausschuss stimmte vor Eintritt in die Tagesordnung darüber ab, den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und die diesbezügliche Stellungnahme der Verwaltung vom 04.03.2016 von der Tagesordnung abzusetzen.

Beschluss:

Der TOP wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Der TOP wird mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke von der Tagesordnung abgesetzt.

**8.2 Die Digitale Agenda für Köln als Teil der neuen Bürgerbeteiligung!
AN/0813/2016**

MdR Hegenbarth merkt als Antragsteller an, dass er von der bereits eingerichteten 1,00 Stelle in diesem Bereich und den diesbezüglichen intensiven Arbeitsschritten der Verwaltung zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht gewusst habe. Die besagte Mitarbeiterin habe im Rahmen der vergangenen Sitzung des Konzeptionsgremiums Bürgerbeteiligung am 16.06.2016 über die Vorgehensweise berichtet. Er beobachte diese Arbeitsschritte nun sehr wohlwollend und begrüße die Einbeziehung der Digitalen Agenda in das genannte Gremium.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden äußert MdR Hegenbarth, dass sich der Antrag erledigt habe. Dieser habe auf der Tagesordnung der Ratssitzung am 10.05.2016 gestanden und sei dort seiner Erinnerung nach in Verbindung mit einem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen beschlossen worden.

Daraufhin merkt MdR Dr. Elster an, dass der vorliegende Antrag in Form einer Mitteilung in die heutige AVR-Sitzung hätte gegeben werden müssen.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass der vorliegende Antrag daher nun ad acta gelegt werden könne.

Beschluss:

Die Sache hat sich erledigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9 Platzvergaben

**9.1 Weihnachtsmärkte auf Plätzen der Innenstadt (Friesenplatz und Chlodwigplatz)
1662/2016**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen betreffend "Weihnachtsmärkte auf Plätzen der Innenstadt"
AN/1181/2016**

MdR Dr. Elster erläutert als Antragsteller die einzelnen Punkte des vorliegenden Änderungsantrages.

MdR Richter betont ebenfalls als Antragsteller, dass sich die vorliegende Beschlussvorlage bzw. der vorliegende Änderungsantrag auf Weihnachtsmärkte beziehe, die für eine Dauer von 4 Wochen angesetzt werden und so lange jeweils einen öffentlichen Platz belegen. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass es in der Innenstadt bereits 10 bzw. 11 Weihnachtsmärkte geben werde, sollten weitere Weihnachtsmärkte überwiegend vom bürgerlichen Engagement getragen werden.

In Bezug auf die im Rahmen von Punkt 2 des Änderungsantrages festgelegte Angabe von *mindestens 90%* räumt er ein, dass diese Angabe auf *70%* herabgesetzt werden solle. Er wiederholt die Botschaft, dass mögliche neue Weihnachtsmärkte vom bürgerlichen Engagement getragen werden sollten und führt beispielhaft auf, dass es in Nippes einen 4-tägigen Weihnachtsmarkt gebe. Weihnachtsmärkte mit einer Dauer von 4 Wochen würden keine anderweitige Nutzung des öffentlichen Platzes für diese lange Zeitspanne ermöglichen.

MdR Krupp merkt an, dass Frau Oberbürgermeisterin Reker seinerzeit bekannt gegeben habe, die Stadtbezirke stärken zu wollen. Er weist darauf hin, dass die Bezirksvertretung Innenstadt in ihrer Sitzung am 02.06.2016 einstimmig beschlossen hat, die Erlaubnis für einen Weihnachtsmarkt auf dem Friesenplatz zurückzustellen. Man habe ihm berichtet, dass der Hintergrund hierfür das Bestreben, Gespräche mit den Betreibern führen zu wollen, sei. Ferner habe die Bezirksvertretung Innenstadt in ihrer Sitzung am 02.06.2016 einstimmig beschlossen, dass der Interessengemeinschaft Chlodwigplatz e. V. die ordnungsbehördliche Erlaubnis für die Durchführung eines Weihnachtsmarktes erteilt werde. Hierzu sei ebenfalls einstimmig beschlossen worden, dass die o. g. Interessengemeinschaft der Bezirksvertretung Innenstadt im 1. Quartal 2017 über ihre diesbezüglichen Erfahrungen berichten werde. Würde der AVR die Beschlussvorlage gleich gemäß dem vorliegenden Änderungsantrag beschließen, stelle dies eine Anmaßung dar, es besser zu wissen als die betroffene Bezirksvertretung selbst. Darüber hinaus würde ihr soeben erläuteter Beschluss abgeschnitten werden, in Bezug auf den Weihnachtsmarkt auf dem Friesenplatz erst einmal mit den Betreibern Gespräche führen zu wollen. Dafür habe er wenig Verständnis, zumal dies wenig mit der Stärkung der Stadtbezirke zu tun habe.

In Bezug auf die im Rahmen von Punkt 2 des Änderungsantrages festgelegte Angabe von *mindestens 90%* bzw. auf die nun mündlich vorgetragene Herabsetzung der Angabe auf *70%* betont er, dass dies nichts nütze. Er betont, dass es um Veedels-Weihnachtsmärkte gehe und dass die Bezirksvertretung Innenstadt hierzu bereits einen Beschluss gefasst habe, über welchen man sich nun nicht hinwegsetzen solle. Darüber hinaus habe er kein Verständnis dafür, dass die Planungen für die Genehmigung eines Weihnachtsmarktes auf dem Ebertplatz nicht weiter verfolgt werden sollen (siehe Punkt 5 des Änderungsantrages) ohne sich über die Argumente zunächst auszutauschen und zu beraten. Er betont in diesem Zusammenhang, dass es sich hierbei lediglich um einen überschaubaren Veedels-Weihnachtsmarkt handeln würde.

Zusammenfassend hält er fest, dass die SPD-Fraktion dem Änderungsantrag aus den o. g. Gründen nicht zustimmen werde, selbst wenn die im Rahmen von Punkt 2 des Änderungsantrages festgelegte Angabe auf *50%* herabgesetzt werden würde.

MdR Görzel bezieht sich auf das aktuell vielerorts diskutierte Thema, die Stadtbezirke stärken zu wollen, und bezeichnet das Hinwegsetzen wollen über einen Beschluss der Bezirksvertretung vor diesem Hintergrund als respektlos. Auch er halte das zuvor angesprochene Quorum von *mindestens 90%* für nicht durchsetzbar, insbesondere in Bezug auf die Kontrollen würde dieser Aufwand in keinem Verhältnis zu dem tatsächlichen Nutzen stehen.

Ferner bezieht er sich auf die ebenfalls im Rahmen von Punkt 2 des Änderungsantrages aufgeführte Festlegung, dass hierbei keine gewinnorientierten Absichten verfolgt

werden. Das Vorhaben in Bezug auf die Durchführung eines Weihnachtsmarktes auf dem Chlodwigplatz finde er frech und respektlos. Einerseits wolle man einem Weihnachtsmarkt in diesem Jahr zustimmen, andererseits solle im Jahr 2017 eine Überprüfung bzw. Evaluation stattfinden. Er appelliert an den Ausschuss, den betroffenen Personen erst einmal zu vertrauen und abzuwarten und das Thema ggf. in Zukunft erneut aufzugreifen.

In Bezug zum Ebertplatz betont er, dass sich nahezu alle städtischen Ausschüsse, beispielsweise der Verkehrsausschuss, der Stadtentwicklungsausschuss, der Ausschuss Soziales und Senioren, der Jugendhilfeausschuss sowie der Integrationsrat, ständig mit dem Ebertplatz beschäftigen würden. Alle Gremien seien sich darüber einig, dass die Situation auf dem Ebertplatz kippt. Vor diesem Hintergrund frage er sich, welches fatale Signal den potentiellen Weihnachtsmarktbetreibern auf dem Ebertplatz im Falle einer Ablehnung gesendet werde. Daher fordert er den Ausschuss dazu auf, gegen den vorliegenden Änderungsantrag zu stimmen.

MdR Dr. Elster betont, dass das Thema „Vergabe“ in diesem Zusammenhang ein zentraler Aspekt sei. Über Jahre hinweg sei ein entsprechendes komplexes Verfahren für die Vergabe von öffentlichen Plätzen implementiert worden, beispielsweise für die Vergabe des Roncalliplatzes. Mittlerweile beinhaltet das Verfahren eine internationale Ausschreibung und so u. a. beispielsweise in Skandinavien entwickelte Konzepte. Da es zum einen um hohe Geldbeträge und zum anderen um Transparenz bei der Vergabe gehe, sei eine internationale Ausschreibung auch tatsächlich erforderlich.

Niemandem könne man erklären, dass auf dem Rudolfplatz eine internationale Ausschreibung über die Ausschüsse etc. durchgeführt werde, während ein paar hundert Meter weiter, nämlich auf dem Friesenplatz, kein formales Vergabeverfahren über die Ausschüsse etc. durchgeführt werde. Die Personen, die für den Rudolfplatz geboten haben, müssten nun vor anderen direkten Vergaben, die unter der Hand laufen, geschützt werden. Dies sei das zentrale Thema.

In Bezug auf die Anspielung von MdR Krupp betreffend der Reduzierung der im Rahmen von Punkt 2 des Änderungsantrages festgelegten Angabe auf 50% betont er, dass es hierbei nicht um die Höhe der Angabe gehe, sondern um das Zeichen, dass die lokale Wirtschaft durch eine internationale Weihnachtsmarktindustrie nicht gefährdet werden dürfe. Es könne nicht sein, dass auf dem Friesenplatz und auf anderen zentralen Plätzen der lokale Einzelhandel dadurch gefährdet wird, dass allorts die gleichen Anbieter Waren zum Verkauf anbieten.

In Bezug zu dem Vorgehen auf dem Chlodwigplatz könne er die Äußerungen von MdR Görzel nicht nachvollziehen. Man habe der Durchführung eines Weihnachtsmarktes auf dem Chlodwigplatz für dieses Jahr zugestimmt und wolle im Jahr 2017 lediglich überprüfen, ob die Durchführung des Weihnachtsmarktes gemäß dem vorgestellten Konzept sinnvoll gewesen sei.

Bezüglich des Ebertplatz betont er, dass dieser nicht kippe. Das aktuell dort verfolgte Konzept laufe offensichtlich dem Ziel des vorliegenden Änderungsantrages zuwider.

Abschließend schlägt er vor, nun den anwesenden Bezirksbürgermeister der Innenstadt, Herrn Hupke, zu Wort kommen zu lassen.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke betont, dass die Ausführungen von MdR Krupp und MdR Görzel bezüglich des Beschlusses der Bezirksvertretung Innenstadt vom 02.06.2016 korrekt seien. Er selbst vertrete diesen Beschluss vollumfänglich, zumal dieser einstimmig gefasst worden ist. Die Situation sei allerdings komplex und kompliziert, so dass Politik und Verwaltung in Zukunft enger zusammenarbeiten müssten.

In Bezug auf den von der Bezirksvertretung Innenstadt gefassten Beschluss zum Chlodwigplatz betont er, dass dieser transparent in öffentlicher Sitzung und unter Beteiligung der Fachverwaltung zustande gekommen sei. Die Bezirksvertretung Innen-

stadt wolle den Einzelhandel in den Veedeln stärken. Der Einzelhandel auf dem Chlodwigplatz habe es aktuell anlässlich des Einsturzes des Historischen Archivs in der Severinstraße besonders schwer. Die betroffenen Akteure seien miteinbezogen worden und hätten u. a. geäußert, dass es äußerst schwierig sei, einen Markt von Geschäftsleuten für Geschäftsleute und Leute im Veedel zu organisieren.

Die Durchführung eines Weihnachtsmarktes auf dem Friesenplatz habe sich von selbst erledigt, da der Betreiber offen in der Presse gesagt habe, sich mit dem Rudolfplatz messen zu wollen. Daher sei die Bezirksvertretung Innenstadt gegen die Durchführung eines Weihnachtsmarktes auf dem Friesenplatz. Auf Nachfrage von MdR Krupp erläutert er, dass die Bezirksvertretung Innenstadt dennoch den Beschluss gefasst habe, die Erlaubnis für einen Weihnachtsmarkt auf dem Friesenplatz zurückzustellen - und nicht abzulehnen - da sie zunächst noch einmal Gespräche mit dem Betreiber führen möchte.

MdR Richter bedankt sich für die Informationen seiner Vorredner.

Er erinnert den Ausschuss daran, dass dieser bereits vor genau einem Jahr über die Durchführung eines Weihnachtsmarktes auf dem Friesenplatz diskutiert habe und aus verschiedenen Motivlagen seinerzeit alle Fraktionen diesbezüglich sehr kritisch gewesen seien und hierzu eher eine ablehnende Haltung verfolgt hätten. Nun liege das Konzept des Friesenplatzes vor und zeige, dass dort die Aufstellung von insgesamt 40 Ständen geplant sei und es sich somit nicht um einen Veedels-Weihnachtsmarkt handle. Da frage er sich, worin der Unterschied zum Weihnachtsmarkt auf dem Rudolfplatz begründet liegt. Auch er betont, dass es für die Durchführung eines Weihnachtsmarktes auf dem Rudolfplatz eine Ausschreibung über mehrere Jahre hinweg gegeben habe.

Der Weihnachtsmarkt auf dem Chlodwigplatz habe, wie eben bereits von Herrn Bezirksbürgermeister Hupke aufgeführt, tatsächlich einen anderen Charakter und sei daher auch anders behandelt worden.

In Bezug auf die im Rahmen von Punkt 2 des Änderungsantrages festgelegte Angabe führt er aus, dass durch diese Regelung der Weihnachtsmarkt dem Viertel zu Gute kommen solle und das bürgerschaftliche Engagement gefördert werden solle. Er ist der Meinung, dass der vorliegende Änderungsantrag den Willen und den Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt in Bezug auf die Durchführung eines Weihnachtsmarktes auf dem Chlodwigplatz respektiere.

MdR Joisten wendet sich an Herrn Bezirksbürgermeister Hupke und bittet um Klarstellung, aus welchen Gründen die Erlaubnis für einen Weihnachtsmarkt auf dem Friesenplatz zurückgestellt worden ist. Wolle diese mit dem Betreiber zunächst noch einmal Gespräche führen, würde dies bedeuten, dass die Entscheidung noch offen sei und der AVR der Bezirksvertretung Innenstadt eine diesbezügliche Entscheidung möglicherweise vorwegnehmen würde, sofern hier gleich ein Beschluss gefasst werde.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke entgegnet, dass man der Bezirksvertretung Innenstadt später vorwerfen würde, dass sie nicht mit dem Betreiber das Gespräch gesucht habe, wenn sie dies nun versäumen würde.

MdR Krupp merkt an, dass man demnach heute nicht endgültig über die Durchführung eines Weihnachtsmarktes auf dem Friesenplatz entscheiden könne, da die angedachten Gespräche zwischen Bezirksvertretung Innenstadt und Betreiber noch nicht geführt worden seien.

Der Vorsitzende schlägt vor, nun mit der Abstimmung zu beginnen, und führt zunächst eine Einigung bezüglich der Formulierung der im Rahmen von Punkt 2 des Änderungsantrages festgelegten Angabe herbei.

Der Ausschuss stimmt zunächst über den Änderungsantrag, der Ziffer 1 ersetzt, ab.

Beschluss:

1. Zusätzliche Veedels-Weihnachtsmärkte im Stadtbezirk Innenstadt sind in Ausnahmefällen vorstellbar. Ihre Durchführung bedarf der Beschlussfassung der Bezirksvertretung Innenstadt und des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales.
2. Wesentliche Kriterien für ihre Genehmigung sind die Trägerschaft durch den lokalen insbesondere inhabergeführten Einzelhandel sowie des bürgerschaftlichen Engagements. Somit werden primär und keine gewinnorientierten Absichten verfolgt. Die Anbietenden auf dem Markt müssen **überwiegend** im jeweiligen Viertel ansässig sein.
3. Die Beantragung für den vierwöchigen Veedels-Weihnachtsmarkt Friesenplatz für das Jahr 2016 wird abgelehnt, da sich Aufbau und Struktur u.a. an dem in unmittelbarer Nähe befindlichen Weihnachtsmarkt Rudolfplatz (mit Ausschreibung) orientiert.
4. Der Beantragung für den vierwöchigen Veedels-Weihnachtsmarkt Chlodwigplatz für 2016 wird zugestimmt, da das Konzept des bürgerschaftlichen Engagements gefördert wird. Für 2017 soll geprüft werden, auf dem Chlodwigplatz einen zeitlich deutlich eingeschränkten Weihnachtsmarkt unter Einbindung der ortsnahen Geschäfte und Institutionen (Schulen, Vereine) durchzuführen.
5. Planungen für die Genehmigung eines Veedels-Weihnachtsmarkts auf dem Ebertplatz sind nicht weiter zu verfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion zugestimmt.

Anschließend stimmt der Ausschuss über Teil 2 ab.

Beschluss:

- der in der Gründung befindlichen Interessengemeinschaft Chlodwigplatz e. V., die ordnungsbehördliche Erlaubnis zu erteilen, in der Zeit vom 21.11.2016 bis zum 23.12.2016 (Aufbau ab 14.11.2016, Abbau bis 31.12.2016) auf dem Chlodwigplatz den Veedels-Advent durchzuführen. Die Öffnungszeiten liegen täglich in der Zeit von 11:00 Uhr bis 22:00 Uhr.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Enthaltung der SPD-Fraktion zugestimmt.

**9.2 Vergabekonzept für Veranstaltungen auf zentralen Plätzen der Kölner Innenstadt - Erhöhung der Kontingente für Veranstaltungen auf den Plätzen Alter Markt und Heumarkt
1544/2016**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, keine Erhöhung der Kontingente für Veranstaltungen der zentralen Innenstadtplätze Alter Markt und Heumarkt durchzuführen.

Somit sind auch weiterhin die im Vergabekonzept für Veranstaltungen auf zentralen Plätzen der Kölner Innenstadt festgeschriebenen Höchstzahlen an Veranstaltungen für die zentralen Innenstadtplätze Alter Markt (6 Veranstaltungen) und Heumarkt (9 Veranstaltungen) bindend.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10 Allgemeine Vorlagen

**10.1 Dritte Satzung zur Änderung der Satzung über Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Einrichtungen für obdachlose Personen, Übergangwohnheimen für Aussiedler und ausländische Flüchtlinge der Stadt Köln
0666/2015**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Dritte Satzung zu Änderung der Satzung über Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Einrichtungen"
AN/1088/2016**

**Prüfantrag der Fraktion Die LINKE betreffend „Änderung der Satzung über Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahmen von Einrichtungen für obdachlose Personen, Übergangwohnheimen für Aussiedler und ausländische Flüchtlinge der Stadt Köln“
AN/1080/2016**

MdR Krupp bittet darum, die vorliegende Beschlussvorlage und die vorliegenden Anträge hierzu ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen, da der Fachausschuss hierzu noch Beratungsbedarf habe.

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.2 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Erstellung eines Gutachtens zur zukünftigen Ausrichtung der städtischen Friedhöfe 0894/2016

Auf Nachfrage von MdR Dr. Elster erläutert Herr Dicken, dass der Personalrat zwischenzeitlich angemessen beteiligt worden sei.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Ausschuss für Umwelt und Grün, wie folgt zu beschließen:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün stellt den Bedarf für die geplante Beauftragung eines Gutachtens zur zukünftigen Ausrichtung der städtischen Friedhöfe fest und stimmt der Einleitung des Vergabeverfahrens zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.3 4. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2016 über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2016 an den in der Verordnung aufgeführten Tagen und Zeiten. 4113/2015/1

MdR Krupp bittet darum, die vorliegende Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen, da noch Klärungsbedarf bestehe.

MdR Tokyürek bezieht sich auf die ergänzende Mitteilung der Verwaltung zu den im Wirtschaftsausschuss am 09.06.2016 an die Verwaltung gerichteten Aufgabenerledigungen (Anlage 12). Im Rahmen der Antwort zu Frage 2 werde aufgeführt, dass eine erneute Anhörung der Gewerkschaften, Kirchen u. a. nicht für erforderlich gehalten werde. Ihrer Erinnerung nach sei die Verwaltung im Rahmen der Sitzung des Wirtschaftsausschusses allerdings dazu aufgefordert worden, eine erneute Anhörung durchzuführen und nicht lediglich die Frage zu beantworten, warum dies bisher noch nicht geschehen ist. Sie ist der Meinung, dass dieses formale Verfahren eingehalten werden müsse und bittet diesbezüglich um Klärung und ggf. dabei um Heranziehung des gefassten Beschlusses des Wirtschaftsausschusses.

Herr Rummel erläutert, dass die Verwaltung die entsprechenden Akteure zu allen geplanten Veranstaltungen angehört habe. Da diese in ihren Stellungnahmen alle Veranstaltungen pauschal abgelehnt hätten, wisse er nicht, zu welchem Zweck diese nun erneut angehört werden sollten. Er gehe davon aus, dass diese erneut pauschal alle Veranstaltungen ablehnen würden.

Ver.di würde im großen Umfang in allen Bundesländern gegen Veranstaltungen, die aus eigener Sicht nicht den Grundsätzen des Gesetzes und des Urteils des Bundesverwaltungsgerichtshofes entsprechen, klagen und diese Gerichtsverfahren vermutlich auch tatsächlich durchgehend gewinnen.

Die Verwaltung halte sich daher mit der Beschlussvorlage absolut an die Gesetzeslage und an die Beschlusslage der Gerichte. Von daher sei eine erneute Anhörung aus seiner Sicht entbehrlich.

MdR Tokyürek entgegnet, dass dieser Aspekt nicht Gegenstand ihrer Frage gewesen sei. Ihrer Meinung nach sei im Rahmen der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 09.06.2016 festgehalten worden, dass es sich um ein formales Verfahren handle, wel-

ches eingehalten werden sollte. Daher bittet sie, dies im Beschluss des Wirtschaftsausschusses entsprechend nachzuschauen.

Herr Rummel bezieht sich ebenfalls auf die ergänzende Mitteilung der Verwaltung zu denen im Wirtschaftsausschuss am 09.06.2016 an die Verwaltung gerichteten Aufgabenerledigungen (Anlage 12) und teilt mit, dass die Fragestellungen des Wirtschaftsausschusses der ergänzenden Mitteilung zu entnehmen seien. Er wisse daher nicht, inwiefern er den Sachverhalt hier weiter aufklären könnte.

Der Vorsitzende lässt den Ausschuss über die vorliegende Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird ohne Votum in nachfolgende Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.4 Stellenplan für die Jahre 2016/2017 (incl. Stellenplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln)
1557/2016**

Beschluss:

Die Vorlage wird zur AVR-Sondersitzung am 23.06.2016 zurückgestellt, siehe oben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.5 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für die Jahre 2016 und 2017
1698/2016**

Beschluss:

Die Vorlage wird zur AVR-Sondersitzung am 23.06.2016 zurückgestellt, siehe oben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.6 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für die Kalenderjahre 2016/ 2017
1620/2016**

Beschluss:

Die Vorlage wird zur AVR-Sondersitzung am 23.06.2016 zurückgestellt, siehe oben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.7 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters Köln für die Kalenderjahre 2016/2017 1127/2016

Beschluss:

Die Vorlage wird zur AVR-Sondersitzung am 23.06.2016 zurückgestellt, siehe oben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.8 Brandschutzbedarfsplan für die Stadt Köln 0413/2016

MdR Krupp weist darauf hin, dass der Ausschuss über die vorliegende Beschlussvorlage bereits vor Eintritt in die Tagesordnung diskutiert habe. Im Rahmen dieser Diskussion sei u. a. auch erwägt worden, die vorliegende Beschlussvorlage einschließlich der Stellenplanvorlagen bis zur nächsten regulären AVR-Sitzung am 05.09.2016 zurückzustellen. Er bittet Herrn Feyrer hierzu und im Hinblick auf die Auswirkungen einer Zurückstellung der Vorlage um Stellungnahme aus Sicht der Feuerwehr Köln.

Herr Feyrer erläutert, dass die erforderliche Leistungsfähigkeit der Feuerwehr Köln derzeit durch Mehrarbeit des vorhandenen Personals sichergestellt werde und dies das Kernproblem sei. Dies bedeute, dass die erforderliche Sollstärke derzeit ausschließlich durch erhebliche Mehrheit in unterschiedlichem Maße erreicht werde. Dies sei freiwillig und werde nun bereits seit zwei Jahren so durchgeführt, da man sich schon so lange um eine Beschlussfassung in Bezug auf den Brandschutzbedarfsplan für die Stadt Köln bemühe.

Die Verwaltung habe den Auftrag der Politik, einen Gutachter zur Überprüfung heranzuziehen, umgesetzt. Das Ergebnis dieser Überprüfung sei, dass der Gutachter sich für die Zusetzung von insgesamt 99,5 Stellen ausspricht und nicht für die Zusetzung von insgesamt 105,00 Stellen.

Er betont, dass das in der Beschlussvorlage dargelegte Konzept ein über mehrere Jahre hinweg abgestuftes Konzept sei. Dies halte er insbesondere in Hinblick auf die tatsächlichen Stellenbesetzungen für sinnvoll. Somit würde die Gesamtsumme von 29.700.000 € nicht in diesem Jahr, sondern dezidiert über mehrere Jahre hinweg verteilt, benötigt werden.

Sollte es durch das Zurückstellen der Beschlussvorlage bis zur nächsten regulären AVR-Sitzung am 05.09.2016 nun dazu kommen, dass in dem aktuell zu beschließenden Doppelhaushalt 2016/2017 keinerlei Maßnahmen enthalten seien, bedeute dies ein Verschieben bis zum Haushalt 2018. Ferner könnten so auch keine vorbereitenden Maßnahmen, wie zum Beispiel die Planung von Baumaßnahmen oder die Vorbereitung von Ausschreibungen sowie die Schaltung von Anzeigenkampagnen, getroffen werden. Insofern appelliert er an die Politik, die vorliegende Beschlussvorlage in den Doppelhaushalt 2016/2017 miteinzubeziehen.

MdR Dr. Elster betont, dass demnach die Zusetzung von 99,5 Stellen erforderlich sei, um die Verbesserung des Brandschutzes gemäß Gutachten durchführen zu können und merkt an, dass in der Stellenplanvorlage (TOP 10.4) jedoch 128,5 Stellen hierfür vorgesehen sind. Er frage sich, wie dieser Unterschied zustande komme.

Auch er spricht den Aspekt „Stellenbesetzung“ an und weist darauf hin, dass das 1. Halbjahr des Jahres 2016 bereits vorüber ist. Daher möchte er wissen, ob man inner-

halb der insgesamt 128,5 Stellen eine Priorisierung bzw. Differenzierung vornehmen könne.

Er bittet um schriftliche Beantwortung seiner Nachfragen bis zur AVR-Sondersitzung am 23.06.2016.

MdR Richter erwähnt die diesbezügliche zweistündige Informationsveranstaltung vor zwei Wochen, im Rahmen welcher die Inhalte des Brandschutzbedarfsplans und des Gutachtens dargelegt worden seien. Die Grundlage für die Einrichtung der neuen Stellen sei nicht ausschließlich Mehrarbeit, sondern die Erfüllung der von der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren überarbeiteten Sicherheitskriterien gewesen. Diese Arbeitsgemeinschaft lege die Kriterien für die Stadt fest, da es diesbezüglich keine gesetzlichen Vorgaben gebe. Diese werden dann wiederum von den Gutachtern, welche ebenfalls Feuerwehrleute sind, geprüft. Logischerweise prüfen auf diese Weise alle aus derselben Berufsgruppe ihre eigenen Standards; dies sei in Bezug auf das erforderliche Fachknowhow sinnvoll.

Er möchte wissen, wie der jetzige Brandschutzbedarfsplan mit Status von 1996 weiterentwickelt werden muss. Die 100,00 Stellen würden nach seinem Verständnis nicht nur durch Mehrarbeit oder durch die anderen Kriterien begründet werden.

Da sich seine Fraktion noch einmal in Ruhe über die genannten Aspekte beraten wolle, habe sie sich ursprünglich für eine Zurückstellung der Beschlussvorlage ausgesprochen.

MdR Joisten geht auf die Ausführungen von MdR Richter ein und bezieht Stellung.

Der Brandschutzbedarfsplan beruhe auf den Hilfs- und Eintreffszeiten und orientiere sich ganz klar an nachvollziehbaren, objektiven, naturwissenschaftlich belegbaren Zahlen und Fakten und mache deutlich, wo Bedarf besteht.

Er bittet einen Blick in die letzte Aufstellung der Überstunden des städtischen Personals zu werfen. Bei der Berufsfeuerwehr Köln handle es sich insgesamt um über 48.000 bezahlte Überstunden. Dies sei ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr von 16% und zeige, dass die erforderliche Leistungsfähigkeit der Feuerwehr Köln derzeit tatsächlich nur durch Mehrarbeit des vorhandenen Personals sichergestellt werde. Daher und unter Hinweis auf die Ausführungen von Herrn Feyrer zu den über mehrere Jahre hinweg anfallenden Kosten appelliert er an die Politik, die Beschlussvorlage heute oder in der AVR-Sondersitzung am 23.06.2016 zu beschließen. Er warnt vor den Auswirkungen, die andernfalls eintreten könnten.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass die vorliegende Beschlussvorlage wie bereits vereinbart ohne Votum in die Hpl.-Sitzung des Finanzausschusses am 23.06.2016 verwiesen wird und die eben gestellten Nachfragen der AVR-Mitglieder zur AVR-Sondersitzung am 23.06.2016 beantwortet werden sollen.

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird ohne Votum in die Hpl.-Sitzung des Finanzausschusses am 23.06.2016 verwiesen. Die heutigen Nachfragen der AVR-Mitglieder sollen zur AVR-Sondersitzung am 23.06.2016 beantwortet werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.9 Überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Köln durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW 1057/2016

MdR Dr. Elster möchte die Maßnahmen wissen, die die Verwaltung aktuell unternimmt, um die von der Gemeindeprüfungsanstalt NRW geäußerten Monita zu bearbeiten. Als Beispiel führt er den Bereich der weiterführenden Schulen auf; hier sei unklar, wie viel Fläche für die einzelne Schülerin bzw. den einzelnen Schüler vorgehalten werde. Die Gemeindeprüfungsanstalt NRW betone diesbezüglich in ihrem Prüfbericht mehrfach, dass anhand der Daten, die die Stadt Köln zur Verfügung gestellt habe, keine Vergleiche mit anderen Kommunen durchgeführt werden konnten. Dies zeige, dass einige Arbeitsprozesse völlig unkontrolliert laufen. Zu erfahren, wie die Verwaltung mit den einzelnen Monita umgeht, sei daher nun nicht ganz unwesentlich.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass die Verwaltung die Nachfrage von MdR Dr. Elster schriftlich beantwortet und die Beschlussvorlage bis dahin zurückgestellt wird.

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.10 Überörtliche Prüfung der Informationstechnik der Stadt Köln durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW 1061/2016

MdR Dr. Elster weist darauf hin, dass die Gemeindeprüfungsanstalt NRW im Rahmen der Prüfung der Informationstechnik der Stadt Köln diverse Monita ausgesprochen habe. Zwar sei insbesondere das Amt für Informationsverarbeitung vor allem in Bezug auf das Monitoring der Ressourcen, Sicherheitsstandards und Rechenzentren sehr gut eingerichtet, die Aufstellung der dezentralen Informationstechnik verhalte sich im Vergleich dazu bedauerlicherweise anders. Hier sei kein Vergleich mit anderen Kommunen möglich, weil die von der Stadt Köln zur Verfügung gestellten Daten für die Analyse unzulänglich seien. Darüber hinaus sei nicht klar, wie viele Ressourcen für den Bereich der dezentralen Informationstechnik tatsächlich vorgehalten werden. Insgesamt erhalte man so den Eindruck, dass zwar das Amt für Informationsverarbeitung sehr gut organisiert und strukturiert sei, der Bereich der dezentralen Informationstechnik, welcher mit Blick auf die Kosten mindestens genauso wichtig sei, scheine allerdings sehr unkoordiniert abzulaufen. Er bittet die Verwaltung um Stellungnahme, ob diese Aufstellung künftig so beibehalten werden soll bzw. welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, um die Monita der Gemeindeprüfungsanstalt NRW entsprechend anzugehen und die Hinweise auf Verbesserungen umzusetzen.

Herr Kühle bezieht sich auf Seite 7 des vorliegenden Berichtes, auf welcher beschrieben wird, dass einheitliche Interviewbogen herangezogen wurden; es bestehe keine Vergleichbarkeit mit dem IT-Grundschutzaudit des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik, bei welchem man sich auf die Grundschutzkataloge beziehe.

Ferner zitiert er die Aussage auf Seite 8 des vorliegenden Berichtes, dass der Interviewbogen keine Aussage darüber ermöglicht, ob die Informationstechnik der Stadt Köln tatsächlich in allen Belangen sicher und wirtschaftlich betrieben wird.

Abschließend gibt er die Aussage auf Seite 14 des vorliegenden Berichtes wieder, dass die Stadt Köln alle von der Gemeindeprüfungsanstalt NRW erwarteten Anforderungen an den IT-Grundschutz erfülle und den höchsten Standard im Vergleich der kreisfreien Städte gewährleistet. Er ist der Meinung, dass eine solche Aussage nicht auf Basis eines Interviewbogens getroffen werden könne und möchte daher von der Verwaltung wissen, wie sie die zitierte Aussage bewertet. Außerdem möchte er wissen, welche Aussagekraft die Verwaltung dieser Aussage zuspreche und wie es zu dem Widerspruch der zitierten Aussagen auf Seite 8 und Seite 14 komme.

MdR Dr. Elster weist auf das in der vorletzten AVR-Sitzung vorgestellte IT-Security-Assessment hin, dessen Ergebnisse hervorragend gewesen seien.

Herr Kühle bezieht sich erneut auf den IT-Grundschutzaudit. Man könne den IT-Grundschutz auf Basis eines Interviewbogens nicht hinreichend beurteilen. In diesem Zusammenhang betont er, dass gewisse IT-Bereiche der Stadt Köln entsprechend zertifiziert seien.

MdR Hegenbarth stimmt den Ausführungen seines Vorredners in Teilen zu und merkt an, dass die Stadt Köln entsprechende Belastungstests selektiv hat durchführen lassen und dies seiner Auffassung nach umfangreicher geschehen müsse. Er erwarte an dieser Stelle mehr.

Ferner bezieht er sich auf Seite 11 des vorliegenden Berichtes und greift den Bereich Strategische IT-Steuerung auf. Hier stelle die Gemeindeprüfungsanstalt NRW fest, dass die Verwaltungsleitung die Informationstechnik der Stadt Köln *zufriedenstellend* steuert. Diese Formulierung deute auf einen Schwachstelle hin.

Er zitiert die auf Seite 14 des vorliegenden Berichtes aufgeführte Empfehlung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW, dass die Stadt Köln die von den Fachdienststellen wahrgenommenen IT-Aufgaben in eine stadtweite IT-Strategie einbinden solle und dazu auch gehöre, die in den Fachdienststellen anfallenden IT-Personal- und Sachkosten standardmäßig zu erheben und auszuwerten. Bezüglich dieser Empfehlung stelle er entsprechende Erwartungen an das neue Kooperationsbündnis, da dies ein wichtiger Aspekt sei.

Abschließend bezieht er sich auf die ebenfalls auf Seite 14 des vorliegenden Berichtes aufgeführte Empfehlung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW, dass die Stadt Köln ein stadtweites Lizenzmanagement einrichten solle. Hierzu könne man sich im Unterausschuss Digitale Kommunikation und Organisation entsprechend austauschen.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass die Verwaltung die Nachfragen schriftlich beantwortet (und ggf. eine Vertiefung der Thematik für die nächste Sitzung des Unterausschusses Digitale Kommunikation und Organisation vorbereitet) und die Beschlussvorlage bis dahin zurückgestellt wird.

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.11 Weiterer bedarfsgerechter Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige und für Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt bis 2020/21 ff.
2877/2015**

MdR Richter schlägt vor, die Beschlussvorlage gemäß des Beschlusses der Bezirksvertretung Kalk zu beschließen.

MdR Tokyürek bittet um Einzelabstimmung der einzelnen Punkte.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

(1) Vor dem Hintergrund, dass

- der Bedarf an Kindertagesbetreuung für unter 3-jährige Kinder nach den Ergebnissen der stadtweiten und repräsentativen Elternbefragung von Ende 2014/ Anfang 2015 bei rund 52% (Betreuungsplätze für unter 3-Jährige in Relation zu allen Kindern unter drei Jahren) und einem Verhältnis von institutioneller Kindertagesbetreuung zu Kindertagespflege von 89: 11 liegt;
- die Zahl der unter 3-jährigen Kinder in Köln nach den Ergebnissen der neuen städtischen Bevölkerungsprognose von Mai 2015 von aktuell rund 30.800 weiter stark auf voraussichtlich knapp 33.200 in 2020 und knapp 34.000 in 2025 ansteigen wird. [Gleichzeitig wird für Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt ein Anstieg von aktuell rund 28.300 auf knapp 30.700 in 2020 und rund 31.800 in 2025 erwartet. Für die Folgejahre bis 2040 wird lediglich eine leichte Abschwächung der hohen Kinderzahlen erwartet (33.000 unter 3-Jährige und 31.200 Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt)]

beschließt der Rat den weiteren bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige bei gesicherter Finanzierung in einem ersten Schritt mit einer Zielquote von zunächst 50% und einem Verhältnis von institutioneller Kindertagesbetreuung zu Kindertagespflege von 83: 17 bis zum Abschluss des Kindergartenjahres 2020/21 und in einem zweiten Schritt in einem „Feinschliff“ eine Versorgungsquote von 52% bei einem Verhältnis von 89: 11 in den Folgejahren. Der Rat beschließt mit Blick auf die steigenden Kinderzahlen außerdem den weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung für 3-Jährige und Ältere, um weiterhin eine gesamtstädtische Versorgungsquote von 100% und damit die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz dieser Altersgruppe gewährleisten zu können.

Abstimmungsergebnis:

Bei Enthaltung der Fraktion die Linke einstimmig zugestimmt.

(2) Der Rat erkennt an, dass es sich hierbei um eine sehr große gesamtstädtische Herausforderung handelt und beauftragt die Verwaltung, unter Beteiligung von relevanten Akteuren der Stadtgesellschaft nach Mitteln und Wegen zu suchen, die genannten ambitionierten Ziele zu erreichen. Hierfür sind zunächst zeitnah unter Beachtung des unter Punkt 4 in der Begründung dargelegten 6-Punkte-Plans die erforderlichen Maßnahmen zu identifizieren und festzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Bei Gegenstimmen der Fraktion Die Linke mehrheitlich zugestimmt.

- (3) Der Rat beauftragt die Verwaltung weiter, dem Jugendhilfeausschuss *und den Bezirksvertretungen, nach Möglichkeit jede Bezirksvertretung für sich, wie bisher* regelmäßig halbjährlich über den erreichten Ausbaustand zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- (4) Der Rat beauftragt die Verwaltung außerdem, die weitere gesamtstädtische und teilräumliche Entwicklung des Bedarfs an Kindertagesbetreuung wie bislang genau zu beobachten und insbesondere auf der Grundlage der vorgesehenen Realisierung eines Trägerabgleichs der Elternanmeldungen im Rahmen geeigneter Datenverarbeitungs-Programme zu analysieren. Unter Umständen ist zu gegebener Zeit in der Zukunft eine erneute, repräsentative Elternbefragung in Erwägung zu ziehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- (5) Die Umsetzung von Maßnahmen erfolgt nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplans. Die Verwaltung wird beauftragt, die stellenmäßigen Auswirkungen, die sich aus dem weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige und Ältere ergeben, verwaltungsseitig in die entsprechenden Stellenplanvorlagen mit aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Abschließend stellt der Vorsitzende den gesamten Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

- (1) Vor dem Hintergrund, dass
- der Bedarf an Kindertagesbetreuung für unter 3-jährige Kinder nach den Ergebnissen der stadtweiten und repräsentativen Elternbefragung von Ende 2014/ Anfang 2015 bei rund 52% (Betreuungsplätze für unter 3-Jährige in Relation zu allen Kindern unter drei Jahren) und einem Verhältnis von institutioneller Kindertagesbetreuung zu Kindertagespflege von 89: 11 liegt;
 - die Zahl der unter 3-jährigen Kinder in Köln nach den Ergebnissen der neuen städtischen Bevölkerungsprognose von Mai 2015 von aktuell rund 30.800 weiter stark auf voraussichtlich knapp 33.200 in 2020 und knapp 34.000 in 2025 ansteigen wird. [Gleichzeitig wird für Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt ein Anstieg von aktuell rund 28.300 auf knapp 30.700 in 2020 und rund 31.800 in 2025 erwartet. Für die Folgejahre bis 2040 wird lediglich eine leichte Abschwächung der hohen Kinderzahlen erwartet (33.000 unter 3-Jährige und 31.200 Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt)]

beschließt der Rat den weiteren bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige bei gesicherter Finanzierung in einem ersten Schritt mit einer Zielquote von zunächst 50% und einem Verhältnis von institutioneller Kindertagesbetreuung zu Kindertagespflege von 83: 17 bis zum Abschluss des Kindergartenjahres 2020/21 und in einem zweiten Schritt in einem „Feinschliff“

eine Versorgungsquote von 52% bei einem Verhältnis von 89: 11 in den Folgejahren. Der Rat beschließt mit Blick auf die steigenden Kinderzahlen außerdem den weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung für 3-Jährige und Ältere, um weiterhin eine gesamtstädtische Versorgungsquote von 100% und damit die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz dieser Altersgruppe gewährleisten zu können.

- (2) Der Rat erkennt an, dass es sich hierbei um eine sehr große gesamtstädtische Herausforderung handelt und beauftragt die Verwaltung, unter Beteiligung von relevanten Akteuren der Stadtgesellschaft nach Mitteln und Wegen zu suchen, die genannten ambitionierten Ziele zu erreichen. Hierfür sind zunächst zeitnah unter Beachtung des unter Punkt 4 in der Begründung dargelegten 6-Punkte-Plans die erforderlichen Maßnahmen zu identifizieren und festzulegen.
- (3) Der Rat beauftragt die Verwaltung weiter, dem Jugendhilfeausschuss *und den Bezirksvertretungen, nach Möglichkeit jede Bezirksvertretung für sich, wie bisher* regelmäßig halbjährlich über den erreichten Ausbaustand zu berichten.
- (4) Der Rat beauftragt die Verwaltung außerdem, die weitere gesamtstädtische und teilräumliche Entwicklung des Bedarfs an Kindertagesbetreuung wie bislang genau zu beobachten und insbesondere auf der Grundlage der vorgesehenen Realisierung eines Trägerabgleichs der Elternanmeldungen im Rahmen geeigneter Datenverarbeitungs-Programme zu analysieren. Unter Umständen ist zu gegebener Zeit in der Zukunft eine erneute, repräsentative Elternbefragung in Erwägung zu ziehen.
- (5) Die Umsetzung von Maßnahmen erfolgt nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplans. Die Verwaltung wird beauftragt, die stellenmäßigen Auswirkungen, die sich aus dem weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige und Ältere ergeben, verwaltungsseitig in die entsprechenden Stellenplanvorlagen mit aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Enthaltung der Fraktion Die Linke zugestimmt.

**10.12 Drogenhilfeangebot mit Drogenkonsumraum am Neumarkt
0438/2016**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion betreffend "Drogenhilfeangebot mit Drogenkonsumraum am Neumarkt"
AN/1087/2016**

MdR Krupp und MdR Dr. Elster bitten darum, die vorliegende Beschlussvorlage und den vorliegenden Antrag hierzu ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen, da noch ein Fachgespräch hierzu stattfinden werde.

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.13 Änderung der Zweitwohnungssteuersatzung und der Hundesteuersatzung 1176/2016

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die

- a) als Anlage 1 beigefügte 6. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung der Zweitwohnungssteuer in der Stadt Köln (Zweitwohnungssteuersatzung) vom 17. Dezember 2004
- b) als Anlage 2 beigefügte 3. Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Köln vom 19. Dezember 2003

in der jeweils zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.14 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle" hier: 2. Folgebericht -Bilanz 2012 - 2015 und Ausblick 2020 0990/2016

[Dieser TOP wurde zeitlich vorgezogen und vor TOP 1.1 behandelt.]

Herr Dr. Bell erläutert, dass der vorliegende 2. Folgebericht – Bilanz 2012 - 2015 und Ausblick 2020 richtungsweisend sei und auf dem Ratsbeschluss vom 10.09.2009 zum Handlungskonzept Behindertenpolitik „Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle“ basiere und diesen in keiner Weise aufhebe.

Im Rahmen des Berichtes werde zunächst eine Bilanz der Jahre 2012 - 2015 gezogen. Der Übersicht (Anlage 3) sei zu entnehmen, dass rund $\frac{2}{3}$ der insgesamt 65 Einzelaufgaben bereits vollständig von der Verwaltung abgearbeitet worden sind. Ein weiterer Anteil [15 Aufgaben] wurde bisher teilweise und 7 Aufgaben noch gar nicht umgesetzt. Der Grund hierfür sei im Wesentlichen Personalreduzierung.

Nun stelle die Verwaltung eine weitere Auflistung von Einzelaufgaben vor, welche in den nächsten Jahren abgearbeitet werden soll. Da für die Einzelaufgaben, für welche Finanzmittel erforderlich sind, jeweils separate Beschlussvorlagen in die entsprechenden Ausschüsse bzw. in den Rat gegeben werden, sei die vorliegende Beschlussvorlage nicht unmittelbar kostenwirksam.

Das Konzept sei von Anfang an unter Beteiligung von Expertinnen und Experten in eigener Sache erarbeitet worden. Darüber hinaus seien die Wohlfahrtsverbände zeitnah laufend über das Vorgehen und den Fortgang der Maßnahmen informiert worden. Abschließend betont er, dass das Konzept der Verwaltung zwar viel abverlange, aber dennoch gemeinsam mit den Akteuren der Stadtgesellschaft umgesetzt werden müsse und zeigt sich diesbezüglich zuversichtlich.

Herr Adolf bedankt sich auch im Namen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bei der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit. Er merkt jedoch an, dass gewisse Ziele nicht weitführend genug seien und weitere zusätzliche Aspekte darüber hinaus noch angedacht werden müssten. Da es den Rahmen übersteigen würde, diese hier im Einzelnen jetzt vorzutragen, teilt er mit, gewisse Ergänzungsvorschläge im Nachgang der AVR-Sitzung der Vorlage beifügen zu wollen.

Die Ergänzung ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

MdR Dr. Elster bedankt sich bei Herrn Dr. Bell für seine Ausführungen und schlägt vor, die Beschlussvorlage wohlwollend ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird ohne Votum in nachfolgende Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.15 Rheinboulevard Deutz - Verkaufsstelle
0019/2016**

MdR Krupp schlägt vor, den Beschluss in der Fassung des Ausschusses für Umwelt und Grün zu beschließen. Die SPD-Fraktion habe im Rahmen der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Grün beantragt, dass die Verwaltung den Einsatz der Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH prüfe und nehme nun zur Kenntnis, dass es hierfür offensichtlich keine Mehrheit gibt.

Geänderter Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung unter Bezugnahme auf den Beschluss 0321/2015 der Bezirksvertretung Innenstadt mit der Einrichtung einer festen und dauerhaften Verkaufsstelle (Kiosk), die von einem Integrationsbetrieb betrieben werden soll. Dazu führt sie unter Einbeziehung der Politik die hierfür mit den Anliegern (z.B. LVR) nötigen Gespräche und eruiert vor Ort mögliche Aufstellungsorte. Ziel ist es, dass die Verkaufsstelle zur Sommersaison 2017 den Betrieb aufnimmt.
2. Der Betrieb des Kiosks soll im Rahmen eines Gesamtkonzeptes unter Berücksichtigung von Reinigungs- und Beaufsichtigungsleistungen möglichst aus einer Hand erfolgen. Nur so kann ein sauberes Erscheinungsbild des Rheinboulevards durch die kontrollierende und ordnende Wirkung einer festen Verkaufsstelle dauerhaft gewährleistet werden.
Das Angebot des Kiosks soll qualitativ und auf die Bedürfnisse aller Besucherinnen und Besucher abgestimmt sein sowie auf müllvermeidende und nachhaltige Produkte setzen.
3. Bis zur Einrichtung einer festen und dauerhaften Verkaufsstelle beauftragt der Rat die Verwaltung mit der Ausschreibung „Ausschank während der Sommermonate“ mit dem Ziel, einen Ausschankwagen, wie bereits im Sommer 2015, nördlich der Hohenzollernbrücke aufzustellen.
4. Rechtzeitig vor Beginn der Sommersaison 2017 berichtet die Verwaltung den zuständigen Gremien über den Sachstand.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.16 Zusetzung von 1,0 Mehrstelle zur Prävention und zum Abbau von Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung im Rahmen von Diversity 1056/2016

MdR Dr. Elster möchte wissen, ob die 1,0 Mehrstelle zur Prävention und zum Abbau von Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung im Rahmen von Diversity im Rahmen der Stellenplanvorlage (TOP 10.4) berücksichtigt worden sei bzw. warum sie nicht berücksichtigt worden sei.

Herr Heintz erläutert, dass die genannte Mehrstelle im Rahmen der Stellenplanvorlage mit einem Vermerk, dass hierzu aufgrund der rein freiwilligen Aufgabenwahrnehmung noch ein entsprechender Ratsbeschluss erforderlich ist, berücksichtigt worden sei.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, vorbehaltlich des Inkrafttretens des Haushaltsplans 2016/2017, die Einrichtung einer 1,0 Mehrstelle Verwaltungsangestellte/r in der Bewertung VGr. IVa/III, Fg. 1b/1b BAT (vgl. BGr. A 12 ÜBesG NRW) bei der Dienststelle Diversity zum Stellenplan 2016/2017 für die freiwillige Aufgabe „Prävention und Abbau von Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung im Rahmen von Diversity“.

Die Verwaltung wird beauftragt, diese Stelle sehr kurzfristig nach Inkrafttreten des Haushaltsplans 2016/2017 zu besetzen.

Die Finanzierung der erforderlichen Personalaufwendungen (Teilplanzeile 11) in Höhe von 77.700 € im Teilergebnisplan 0504 – sonstige freiwillige soziale Leistungen erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung aus dem in Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen veranschlagten Integrationsbudget.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.17 Videoüberwachung in Kölner Stadtbahnhaltestellen 1596/2016

MdR Richter bezieht sich auf Anlage 2 und bedankt sich bei der Verwaltung für die kurzfristige Beantwortung der Fragen, welche in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 14.06.2016 gestellt worden sind.

Er schlägt vor, die vorliegende Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

MdR Hegenbarth teilt mit, dass die von seinem Vorredner angesprochene Beantwortung der Verwaltung keine neuen Auskünfte und Informationen gebe. Er betont den Sinn und Zweck der Videoüberwachung in Kölner Stadtbahnhaltestellen und merkt in diesem Zusammenhang an, dass es bereits über 2.500 Videoeinrichtungen in der KVB gebe und es dennoch nachweislich keinen Kriminalitätenrückgang in den letzten 2 Jahren gegeben habe.

Der Vorsitzende greift den Vorschlag von MdR Richter auf, die vorliegende Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird ohne Votum in nachfolgende Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.18 Aktualisierte Honorarordnung der Volkshochschule Köln
1755/2016**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die aktualisierte Honorarordnung für die Volkshochschule Köln in der als Anlage 1 dieser Vorlage beigefügten Fassung und zugleich die damit verbundene Anhebung der Honorare für die Dozentinnen und Dozenten der VHS.

Die entsprechenden Aufwendungen und Erträge werden im Haushaltsplan 2016/2017 haushaltsneutral veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.19 Elektronischer Versand der Sitzungsunterlagen
Überführung des Evaluationsbetriebes in den Echtbetrieb
3516/2015**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, der Fraktion Die LINKE und der FDP-Fraktion betreffend
"Elektronischer Versand der Sitzungsunterlagen"
AN/1033/2016**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, der Fraktion Die LINKE und der FDP-Fraktion betreffend "Elektronischer Versand der Sitzungsunterlagen"
AN/1159/2016**

MdR Krupp weist auf den gemeinsamen Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, der Fraktion Die LINKE und der FDP-Fraktion hin.

Er möchte festhalten, dass die Ausweitung des Personenkreises für den elektronischen Versand der Sitzungsunterlagen auf die Mitglieder der Seniorenvertretung und des Integrationsrates bereits in der letzten AVR-Sitzung am 25.04.2016 beschlossen worden sei.

Herr Sauer merkt an, dass lediglich sachkundige Bürgerinnen und Bürger, nicht aber sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner miteinbezogen werden. Er betont, dass der Transport und das Vorhalten aller Unterlagen, beispielsweise für die heutige AVR-Sitzung, eine Zumutung seien. Dies gelte auch für die Personen, die kein Stimmrecht haben, beispielsweise für die sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner. Zudem sehe er den Effizienzvorteil nicht, wenn die sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner nicht miteinbezogen werden.

Herr Adolf äußert sich im Namen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und bezieht sich ebenfalls auf die Aussprache im Rahmen der letzten AVR-Sitzung am

25.04.2016 in Bezug auf die Miteinbeziehung der Mitglieder der Seniorenvertretung und des Integrationsrates, nicht aber die Miteinbeziehung der Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik. Auf Nachfrage der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik habe die Verwaltung mitgeteilt, dass ausschließlich die im Rahmen der Kommunalwahl unmittelbar gewählten Mandatsträger sowie sachkundige Bürgerinnen und Bürger miteinbezogen werden sollten. Nun werde der Personenkreis auf den Personenkreis der Mitglieder der Seniorenvertretung erweitert. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik fühle sich daher nicht ausreichend gewertschätzt.

MdR Görzel bittet um eine redaktionelle Nachbesserung in Bezug auf eine Formulierung im Rahmen der Neufassung von Anlage 3 b, nichtstädtische iPads.

MdR Dr. Elster greift die Aussagen von Herrn Sauer und Herrn Adolf auf. Im Unterausschuss Digitale Kommunikation und Organisation sei bereits eine Aussprache in diesem Sinne erfolgt.

Er regt an, dass das Amt der Oberbürgermeisterin im nächsten Schritt bzw. im nächsten Jahr die Einbeziehung der Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner prüfe und diese dann entspreche integriere, da es nicht sein könne, dass ein Teil der Ausschussmitglieder elektronisch arbeitet und ein anderer Teil auf Papierunterlagen angewiesen ist. Dies würde in der Tat eine Ungleichbehandlung darstellen.

MdR Richter merkt an, dass die Argumente zu der vorliegenden Beschlussvorlage in den letzten Wochen bereits ausführlich ausgetauscht worden seien. Die Beschlussvorlage biete allen Personen, welche kein städtisches iPad erhalten, die Möglichkeit, anhand eines eigenen iPads elektronisch auf die Sitzungsunterlagen zuzugreifen. Insofern spricht er sich für eine Beschlussfassung unter Berücksichtigung des Änderungsantrages in der heutigen Sitzung aus.

Der Vorsitzende greift den Vorschlag von MdR Richter auf.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt, den Ratsmitgliedern, den Mitgliedern der Bezirksvertretung und den stimmberechtigten Sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern, anstelle von Papierunterlagen den digitalen Zugriff auf die Sitzungsunterlagen mittels mobilen Endgeräten anzubieten.

Alle weiteren beratenden Mitglieder sollen die Möglichkeit erhalten, mit ihren Privatgeräten über eine Weblösung auf die Sitzungsunterlagen zugreifen zu können.

Die vom Rat entsandten Mitglieder in den Aufsichtsräten der städt. Beteiligungsgesellschaften sollen bei Vorliegen einer einheitlichen technischen Zugriffsmöglichkeit nur ein mobiles Endgerät erhalten.

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird gemäß Änderungs- bzw. Zusatzantrag wie folgt ergänzt:

In Ergänzung des Beschlusses des UA DiKO und des AVR vom 25.04.2016 (Anlage 12, Ziffer 1 und 2) wird die Verwaltung beauftragt:

1. Die parallele Nutzung von Papierexemplaren der Sitzungsunterlagen für die Fraktionsvorsitzenden, Fraktionsgeschäftsführerinnen und Fraktionsgeschäftsführer, Ausschussvorsitzenden und bei Bedarf (durch konkrete Anforderung) für die Fachsprecherinnen und Fachsprecher wird für den Zeitraum von zwei Jah-

ren (bis zum 30.06.2018) gewährleistet. Parallel dazu wird jeweils ein Papierexemplar der Sitzungsunterlagen den Fraktionsgeschäftsstellen zur Verfügung gestellt.

2. Bebauungspläne, Baupläne, Grundstückspläne sowie andere großformatige Pläne, die notwendige Anlagen zu Beschlussvorlagen bzw. Mitteilungen darstellen, werden den fachpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen in den jeweils zuständigen Ratsgremien sowie in einfacher Ausfertigung den Fraktionsgeschäftsstellen und den Fraktionen der Bezirksvertretungen zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.20 Großschadensereignis Einsturz Historisches Archiv
hier: Verlängerung des Verzichts der Stadt Köln auf die Einrede der Verjährung gegenüber den Leih-, Vor- und Nachlassgebern des Historischen Archivs
1914/2016**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, den gegenüber den Leih-, Vor- und Nachlassgebern des Historischen Archivs am 30.09.2014 erklärten Verjährungsverzicht bis Ende 2018 zu verlängern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.21 Änderung der Satzung über die Elternbeiträge zur Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und Offenen Ganztagschulen zum 01. August 2016
1661/2016**

MdR Krupp bittet darum, die vorliegende Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen, um dem Jugendhilfeausschuss die Möglichkeit zu geben, eine Lösung zu finden.

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.22 Änderung der Satzungen über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzungen)
1195/2016**

MdR Richter bittet darum, die vorliegende Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.23 Änderung der Satzung über den Rettungsdienst der Stadt Köln
1633/2016**

MdR Richter bittet darum, die vorliegende Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.24 Änderung des Rettungsdienstbedarfsplans der Stadt Köln
1744/2016**

MdR Richter bittet darum, die vorliegende Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.25 Sicherheit im öffentlichen Raum in Köln
hier: Beitritt zum Europäischen Forum for Urban Security (EFUS) und
Deutsch-Europäischen Forum für urbane Sicherheit (DEFUS)
1959/2016**

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.26 Erhöhtes Risikomanagement bei Großveranstaltungen und Anlässen mit größeren Menschenansammlungen
1714/2016**

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.27 Bedarfsfeststellung über die Ausschreibung eines Rahmenvertrages von Dienstleistungen zum Bewachen von Baken / Absperrungen im Kölner Stadtgebiet und sonstigen Dienstleistungen
1656/2016**

MdR Richter bittet darum, die vorliegende Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

Bernd Petelkau
Vorsitzender

Midia Mahmod
Schriftführerin